



# Wie laut wird der Sommer?

Seite 2-3



*Holzbalken wie hier an einem Wohnhaus in der Triestersiedlung sind heute immer seltener zu finden. Dabei sind sie ein bewährter Sonnen- und Lärmschutz.*

*Das Grazer Stadtblatt, Elke Kahr und das gesamte Team der KPÖ Graz wünschen erholsame und gemütliche Sommertage!*



## ZITIERT

„Dieser politische Erfolg gehört den Menschen, die sich unermüdlich für dessen Abschaffung eingesetzt haben“ KPÖ-Stadträtin Elke Kahr zur Abschaffung des Regresses, 29.4.2014

„Der griechische Staatsmann Perikles nannte eine Gesellschaft dann demokratisch, wenn sich in ihr die Interessen der Mehrheit durchsetzen. In den EU-Mitgliedstaaten kann davon keine Rede mehr sein. Während die Banken und die Einlagen ihrer vermögenden Kunden „systemrelevant“ sind, werden die sozialen Sicherungssysteme in Europa zerstört.“ Oskar Lafontaine, Handelsblatt 30.5. 2014

„Zentrales Problem (für das schlechte Abschneiden der SPÖ) ist die von der Bevölkerung wahrgenommene, mangelnde Glaubwürdigkeit der Sozialdemokratie.“ Daniela Holzinger, SPÖ-Nationalratsabgeordnete, 28. 5. 2014.

„In der Ukraine ist Europa schon gescheitert. Das Land versinkt in einem blutigen Bürgerkrieg. Wie schön klangen doch die blumigen Versprechungen, die Sie den Ukrainern noch vor wenigen Monaten gemacht haben. Heute unterstützen Sie eine Regierung, der vier Minister einer offen antisemitischen und antirussischen Nazipartei angehören, eine Regierung, die den Konflikt erst richtig angeheizt hat und heute brutal Krieg gegen die eigene Bevölkerung führt.“ Die deutsche Bundestagsabgeordnete Sahra Wagenknecht, 4.6.2014.

„Es spüren immer mehr Menschen, dass dieses Europa ein Europa der Unternehmen ist. Ein Europa, das nur Menschen etwas gibt, die in den privilegierten Schichten leben.“ Oskar Negt, derstandard.at, 17.6.2014.



# Lärm geht uns alle

Lärm stresst. Lärm macht krank und aggressiv. Er gilt neben der Luftverschmutzung als größtes umweltbedingtes Gesundheitsrisiko.

Immer mehr Menschen leiden unter den Auswirkungen von Lärm. Nicht nur das Gehörorgan selbst nimmt Schaden, Lärmgeplagte leiden auch unter Schlafstörungen, Konzentrationsmängeln und Stress mit Langzeitfolgen bis hin zu schweren Herz- und Kreislauferkrankungen.

Zahlreiche Lärmquellen machen uns tagtäglich das Leben schwer, ob am Arbeitsplatz, auf der Straße oder gar in den eigenen vier Wänden.

## Nervige Nachbarn

So kann es richtig nervig sein, wenn spätabends oder sonntags lautes Bohren, Hämmern, Rasenmähen oder Schlagzeugspielen von unseren Nachbarn zu uns dringt. „Den vom Lärm betroffenen Menschen wird es schwer gemacht, die Ruhe, die jedem zusteht, auch einzufordern“, sagt KPÖ-Gemeinderätin Elke Heinrichs. Mit ihrem Antrag im Gemeinderat regte sie an, dass die bestehende Lärmverordnung verbessert wird. „Auch Lärmampeln und die Einrichtung einer Lärm-Hotline könnten zu mehr Lärmbewusstsein und zur Verbesserung der Situation beitragen“, sagt Heinrichs. Grundsätzlich gilt: Jeder kann selbst mit etwas Einfühlungsvermögen und Rücksichtnahme einen Beitrag zu weniger Lärm leisten!

Doch auch Lärm durch Veranstaltungen im öffentlichen Raum kann das Nervenkostüm gehörig strapazieren. Im Sommer, bei offenem Fenster, werden derartige Zwangsbeschallungen besonders oft zur Qual.

## Spaßgesellschaft?

Derzeit stehen wir alle im Bann der Fußball-WM in Brasilien. Aus diesem Grund hat das Straßenamt

vorübergehend die Gastgartenöffnungszeiten bis Mitternacht ausgedehnt, TV-Beschallung für alle Nachbarn inklusive. Auch Public Viewing am Karmeliterplatz mitten in der Stadt ist angesagt und lässt die Herzen der Fußballfans höher schlagen. Die zulässige (durchschnittliche) Lautstärke dabei: 80 dB. Zum Vergleich: Straßenlärm weist ca. 75 dB auf, ein vorbeifahrender LKW etwa 90 dB. Die Grenze, ab der bei längerer Einwirkung Gehörschädigungen zu erwarten sind, liegt bei 85 dB.

Die Veranstaltungsrichtlinien sehen vor, dass Veranstaltungen, die den Umgebungslärm erhöhen, höchstens an drei aufeinanderfolgenden Tagen stattfinden dürfen. Liegen sie aber „im Interesse der Stadt“, kann der Stadtsenat eine Ausnahmegenehmigung erteilen. Eine solche Ausnahmeerlaubnis wurde – gegen die Stimme von Stadträtin Elke Kahr – beschlossen. Die Folge: Ein Monat lang Zwangsbeschallung der Anrainer bis weit über

Mitternacht hinaus (im Falle eines Nachspiels bis 1.00 Uhr nachts). Wer schlafen will, hat eben Pech gehabt. Sonderbar dabei nur die Auslegung des Begriffs „Im Interesse der Stadt“. „Es wäre sinnvoll, das Public Viewing woanders hinzuverlegen, wo keine unmittelbaren Anrainer vom Lärm geplagt werden können, etwa auf die Reininghausgründe“, betont Kahr. So wären neben den Interessen der Fußballfans auch jene der Bewohner gewahrt.

## Lärmkontrollen verbessern!

Hinzu kommt: Zwar gibt es am Hauptplatz, am Tummelplatz und am Karmeliterplatz fix installierte Schallpegelmessgeräte, die es ermöglichen, Lärmüberschreitungen rasch nachzuweisen und Verstöße zu ahnden, doch ausgerechnet das Gerät am Karmeliterplatz ist bereits seit 2011 nicht mehr aktiv.

Und wie sieht es mit Lärmmessungen abseits der fix installierten



Kaum ein Tag ohne Lärm am Hauptplatz. Beispiel „Grand-Prix am Hauptplatz“: Bei der Reifenwechsel-Show am Rennauto kamen laute Druckluftkompressoren zum Einsatz.

# an!

(und funktionierenden) Schallpegelmessgeräte aus? Während in Gaststätten Kontrollen stattfinden, fehlte es für Lärmüberprüfungen bei Veranstaltungen auf den Straßen und Plätzen der Stadt aber bisher an den dazu erforderlichen organisatorischen und personellen Ressourcen.

Auf Antrag von Gemeinderätin Heinrichs hat der Grazer Gemeinderat im Mai beschlossen, dass sich das ändern soll. Künftig sollen bei Veranstaltungen im öffentlichen Raum sowohl regelmäßige Überprüfungen als auch anlassbezogene Lärmmessungen (z.B. aufgrund einer polizeilichen Anzeige) stattfinden, um Verstöße entsprechend ahnden zu können.

Die Stadt möchte das Jahr 2015 unter das Motto: ‚Wie können wir in Zeiten wie diesen Graz leiser machen‘ stellen. Aber warum soll man die Grazer so lange warten lassen, wenn es schon jetzt sinnvolle Vorschläge gibt?



**Mieternotruf  
717108**

[www.kpoe-graz.at/mieternotruf](http://www.kpoe-graz.at/mieternotruf)

**Auf keinen Menschen  
vergessen!**

Elke Kahr. **KPU**

## MESSECHEF ALS GAGENKAISER

Mit 11.786 Euro Bruttogehalt monatlich bekommt der Chef der Grazer Messe, Armin Egger, ein ordentliches Salär. Dazu bekommt Egger noch eine Erfolgsprämie von bis zu 50.000 Euro jährlich, sowie eine Spesenvergütung inklusive aller Dienstreisen per Flugzeug oder Bahn in der 1. Klasse. Damit nicht genug: Es gibt noch eine „Weiterbildungsentschädigung“ von insgesamt 42.000 Euro, die er selbst dann behalten darf, wenn er sie nicht für Schulungen verbraucht.

Das alles geschieht vor dem Hintergrund, dass es für immer mehr Projekte in Graz „nichts geht mehr“ heißt. Immer mehr Grazer müssen mit immer weniger Geld auskommen und sie werden immer seltener durch die öffentliche Hand unterstützt. Vielen, die derzeit keinen Job haben und denen das AMS die gewünschte Weiterbildung aus Kostengründen verwehrt hat, muss die „Weiterbildungsentschädigung“ Eggers wie blanker Hohn klingen.

Das Gehalt des Messe-Chefs wurde den Medien auf verborgenen Kanälen zugespielt. Tatsächlich gelten die Gagen der Führungskräfte in städtischen Tochterunternehmen als vertraulich, auch wenn sie von der öffentlichen Hand bezahlt werden müssen.



## MEINE MEINUNG

Wohnungstadträtin Elke Kahr

## Ferienzeit mit Schattenseiten

Liebe Grazerin! Lieber Grazer!

**F**erne Länder, weiße Strände, Luxusvillen in edler Umgebung: Es ist Urlaubszeit und es ist deshalb kein Zufall, dass uns die Medien jetzt die schönen Seiten des Lebens zeigen.

Eine Kleinigkeit wird dabei aber vergessen. Dieser schöne Urlaub ist nicht für alle Menschen erschwinglich.

Es gibt immer mehr Familien, in denen das Urlaubsgeld für dringende Anschaffungen verplant werden muss. Nicht zu reden von denen, die arbeitslos sind oder von der Mindestsicherung leben müssen. Bei Arbeitslosengeld und Mindestsicherung kann man sich das alles nicht mehr leisten.

Und wer will sich wirklich in Schulden stürzen, um eine Woche lang am Strand liegen zu können?

Urlaubszeit, Reisezeit, Ferien:

Auch hier merkt man immer stärker, dass es einen tiefen Riss in unserer Gesellschaft gibt. Die einen können sich alles leisten, die anderen – und das werden immer mehr – müssen kämpfen und sich anstrengen, damit sie sich wenigstens ihr tägliches Brot leisten können. Für sie werden die Erholungsplätze in unserer Stadt immer wichtiger. Das sollte uns allen – und vor allem den Verantwortlichen in unserem Staat – zu denken geben.

Deshalb ist es falsch, Jahr für Jahr die Eintrittspreise in die städtischen Schwimmbäder zu erhöhen. Familien, die jeden Cent umdrehen müssen, spüren auch das.

Meint Ihre Stadträtin  
Elke Kahr  
Tel. 0316 / 872-20 60

## KLEIN, aber MIT BISS



Die Banken bekommen  
das Geld geschenkt.  
Und ich soll Konto-  
überziehungszinsen von  
15 Prozent zahlen?

## AUS DEM INHALT

Bauen und Wohnen in Graz.....	4/5
Aus dem Gemeinderat.....	6
Hilfsaktion Jugoslawien.....	7
Schöpfen für 3,70? .....	9
Wandern an Plabutsch.....	10
Aus den Stadtbezirken.....	11-12
Die Schwalbe für Frauen .....	13
Der Regress ist weg .....	14
Kommentar C. Weithaler.....	15
Umfrage: Überziehungszinsen	16
Bau- und Anlagenbehörde .....	17
Bertha Suttner .....	19
Fußball in Graz.....	20
Rätsel, Impressum, Termine, Anzeigen, Veranstaltungen.....	21-24



# Grazer Vorgärten

## Gut für die Seele – gut fürs Stadtklima

Obwohl oft nur wenige Quadratmeter groß, verleihen Vorgärten unserer Stadt ein besonderes Flair.

Wer im Frühling oder Sommer durch die Stadt spaziert, dem wird ein besonderer Genuss geboten: Vor allem in den Gründerzeitvierteln in Geidorf, St. Leonhard und Jakomini erfreuen zahlreiche blühende Vorgärten das Auge. Wahre Kunstwerke aus Pflanzen und Blüten sind es, die die Bewohner und Eigentümer mit viel Liebe und Phantasie auf den wenigen Quadratmetern zwischen Hauseingängen und Straße herbeizaubern und deren Anblick das Herz höher schlagen lässt. Und während das Auge schaut, baumelt die Seele, und der süße Duft der Blütenpracht strömt in unsere Nase und lässt uns tief durchatmen.

### Geschützte Kleinode

Doch die Grazer Vorgärten sind ständigen Bedrohungen ausgesetzt. Platznot und Parkdruck wecken diverse Begehrlichkeiten, und so wundert es nicht, wenn der eine oder die andere schon einmal versucht, den eigenen Vorgarten „umzufunktionieren“. „Ein Großteil der Vorgärten in den Gründerzeitvierteln befindet sich in der Altstadtsschutzzone. Diese Vorgärten dürfen nach dem Grazer Altstadterhaltungsgesetz nicht entfernt, nicht versiegelt und auch nicht als Parkplätze missbraucht werden“, betont Stadträtin Elke Kahr.

### Blumen vorm Gemeindebau

Weniger bekannt ist, dass neben zahlreichen Häusern und Villen in der Altstadtsschutzzone auch sehr viele Gemeindewohnhausanlagen über derartige Vorgärten verfügen, die alle erhalten geblieben sind, weil die Stadt Graz sie nicht zweckentfremdet hat. „Die Pflege dieser kleinen Paradiese wird grundsätzlich von den Hausbesorger oder der

**Die Vorgärten in Graz** sind geschützt. Bauliche Änderungen müssen von der Bau- und Anlagenbehörde bewilligt werden.

**Infos: 0316 872-5090**

Hausverwaltung übernommen, doch sehr oft ist es auch ein Verdienst der Bewohner selbst, dass diese Kleingärten so schön mit Blumen gestaltet sind“, freut sich Kahr über die liebevolle Betreuung dieser Vorgärten.

Was dem Auge und der Seele guttut, ist aber auch für das Kleinklima gut. Denn der Blätterwald im Vorgarten schirmt Hitze ab, trägt zur Harmonisierung der Umwelt bei und bietet vielen Vögeln, Schmetterlingen und Insekten ein Zuhause.

### Vorgartenspaziergang

Wer auf den Geschmack gekommen ist, mehr über die Geschichte der Grazer Vorgärten erfahren will und sich ein paar Musterbeispiele städtischer Vorgartenkultur zu Gemüte führen möchte, kann dies tun: beim Vorgartenspaziergang mit Stadträtin Elke Kahr und Gertraud Prügger, ehem. Geschäftsführerin des Naturschutzbundes Steiermark, am Freitag, dem 4. Juli.



Bergmannsgasse, Geidorf. Foto Windisch

### EINLADUNG ZUM SPAZIERGANG:

„Grazer Vorgärten –  
Kleinode aus der Gründerzeit“

mit Stadträtin Elke Kahr und  
Gertraud Prügger, ehem. Geschäftsführerin  
des Naturschutzbundes Steiermark.

**Freitag, 4. Juli 2014, 16 Uhr.**

**Dauer ca. 2 Stunden**

**Treffpunkt: vor dem Geidorf-Kino**



Naglergasse, St. Leonhard. Foto Windisch



Hermann-Löns-Gasse, Triestersiedlung, Schönausiedlung,







## Neue Gemeindewohnungen am Grünanger

Neben den lieb gewonnenen Holzhäusern am Grünanger entsteht neuer Wohnraum – wieder in Holzbauweise.

Am Grünanger steht seit kurzem das erste Hanlo-Fertigteilhaus in Holzbauweise. Das Doppelhaus wurde bereits von zwei Familien bezogen. Eine der Gemeindewohnungen wurde an eine junge Familie vergeben. „Wir haben in dem Haus meiner Tante gewohnt. Nahezu gleichzeitig haben wir erfahren, dass wir Nachwuchs bekommen und dass wir das Haus verlassen müssen, da meine Tante es verkaufen wollte“, erzählt der angehende Vater. Da sich 32-Jährige in Ausbildung befand und die finanziellen Mittel sehr knapp waren, suchte die Familie um eine Gemeindewohnung an. „Das zweite Objekt, das wir uns angeschaut haben, war am Grünanger. Wir waren uns gleich einig, dass dieses Haus sehr gut zu uns passen würde.“ Seit vier Monaten sind sie in der 58m<sup>2</sup> großen Maisonette-Wohnung und haben ihr Heim schon liebevoll eingerichtet. Ein ganz besonderes Zuckerl ist der

Garten. „Für nächstes Jahr planen wir schon einen Gemüsegarten mit Tomaten, Melanzane, Zucchini und Kräutern“, schwärmt die 28-jährige Mutter. Auch für den 10 Monate alten Sohn und den Familienhund sind die Grünflächen ideal.

Neugierige Blicke und erste Kontakte zu den Nachbarn hat es auch schon gegeben, denn am Grünanger kennt und grüßt man sich. „Es sind sehr nette und hilfsbereite Menschen“, schildert der junge Vater seine ersten Eindrücke.

### Einmaliger Gebietscharakter

Die „Baracken am Grünanger“ waren einst als anrühliche Unterkunft

verschrienen. Dieses Bild hat sich geändert: die Häuser am Grünanger sind großteils saniert und bei den Bewohnern sehr beliebt. Das Wohnungsamt der Stadt Graz schafft nun am Grünanger zusätzlichen Wohnraum in Holzbauweise. „Es ist wichtig, dass der Charakter der Siedlung nicht zerstört wird“, merkt Stadträtin Elke Kahr an. „Nach und nach werden auf den freien Flächen weitere Holz-Fertigteilhäuser entstehen.“

„Viele Menschen schätzen die Hausgärten. Sie betätigen sich handwerklich, werkeln im Garten, machen eigenständig kleine Sanierungen“, so Kahr. Die Holzhäuser sind beliebt, es gibt viele Interessenten.





AUS DEM GRAZER GEMEINDERAT

## GEMEINSAM FÜR DEN VOLKSGARTEN

Leider ist der Volksgarten kein Platz für alle. Viele Menschen fühlen sich nicht sicher und fordern Lösungen. „Mehr Polizeipräsenz ist sicherlich notwendig, damit alleine wird man die Situation langfristig aber nicht lösen können. Experten warnen, dass auch Überwachungskameras, Zäune oder Betretungsverbote das Problem nur an andere Orte verdrängen würden“, so KPÖ-Stadträtin Elke Kahr, an die sich besorgte Bürger gewendet haben. „Man darf nie vergessen: Die Drogenproblematik hat vielfach soziale Ursachen.“

Ein von Gemeinderat **Andreas Fabisch** eingebrachter Antrag, der die rasche Einberufung einer Stadtregerungssitzung zur Erarbeitung gemeinsamer Maßnahmen forderte, soll umgesetzt werden.



Mit Überwachung wird aus dem Volksgarten kein gemütlicherer Ort. Dazu braucht es ein gemeinsames Vorgehen.

## MAHNTAFELN SOLLEN BLEIBEN!

Seit 2010 gibt es die vom deutschen Künstler Jochen Gerz entworfenen Mahntafeln über die NS-Zeit. „Sie sind ein hervorragender Beitrag zur Erinnerungskultur in der Menschenrechtsstadt Graz“, sagt KPÖ-Bildungssprecher **Andreas Fabisch**. Nun sollen die-



se Tafeln weggeräumt werden. „Dabei stünde es der Stadt Graz gut an, sich weiter mit ihrer Vergangenheit auseinanderzusetzen“, findet Fabisch. Die Beibehaltung der Tafeln wäre ein Zeichen dafür. Er fordert, die Aufstellung mindestens bis 2018 zu verlängern.

## OSTGÜRTEL

Der „Ostgürtel“ beunruhigt die Bewohner von Geidorf und St. Leonhard. Sie befürchten **Lärm und eine Verkehrslawine**. Auf Drängen von KPÖ-Gemeinderat **Manfred Eber** versicherte die Stadt, dass die Ostgürtel-Trasse nur für eine ÖV-Verbindung und für den Fuß- und Radverkehr freigehalten werden soll, nicht aber für motorisierten Individualverkehr. Nur abschnittsweise Zufahrten zu Neubauprojekten wird es geben.



der Babenberger-Straße verbindet, ist mangelhaft beleuchtet. Es fehlen Handläufe, die Wände sind dunkel. „Die Menschen haben Angst, wenn sie durch diese finstere Unterführung gehen“, sagt KPÖ-Gemeinderat **Manfred Eber**.

## WARTEHÄUSCHEN ANNENSTRASSE

Der neue **Regenunterstand in der Annenstraße 49** wird nicht nur von den Betreibern des dortigen Geschäftslokals abgelehnt, weil kaum mehr Licht ins Innere der Räumlichkeiten gelangt. Auch Kunden und Anrainer haben den Unterstand als abstoßend bewertet. „Dazu kommt, dass das Dach undicht ist. Die Bänke werden nass, der Unterstand wird kaum von Fahrgästen genutzt“, so KPÖ-Gemeinderat **Manfred Eber**. Er beantragte, den Unterstand zweckgemäß umzugestalten.

## FINSTERE UNTERFÜHRUNG

Die **Fußgängerunterführung in der Wiener Straße**, die den Kalvarien-gürtel mit der Peter-Tunner- und



## PLABUTSCH: VERGESSENE NAHERHOLUNG

Als Natur-Erlebnis-Park mit gepflegten Wanderwegen wird das Gebiet rund um den Plabutsch angepriesen. Auch Biker haben da die Möglichkeit, teilweise geöffnete Wege zu benutzen.



„Leider kommt es immer öfter vor, dass Privateigentümer Verbotstafeln aufstellen“, erzählt KPÖ-Gemeinderat **Christian Sikora**. „Doch Wanderwege müssen ohne Hindernisse und Verbotsschilder passierbar bleiben.“ Er fordert, dass unrechtmäßig errichtete Verbotstafeln entfernt werden.

## ILLEGALER WELPENHANDEL

„Viele Welpen werden unter unzumutbaren Bedingungen über weite Strecken gekarrt, um bei uns als teure Rassetiere verkauft zu werden“, sagt KPÖ-Gemeinderätin **Martina Thomüller**. Viele überleben die Tortur durch den Transport nicht, andere erkranken später. Thomüller forderte eine Informationskampagne durch die Stadt, um das Leid der Tiere, das durch den illegalen Welpenhandel entsteht, zu vermeiden.



## GRIESPLATZ

Die Ecke zwischen Kiosk und Griesbäcker wird kaum genutzt – und wenn, nur nachts, was nicht selten zu massiven Ruhestörungen führt. „Durch Kinderspielergeräte und Begrünung könnte dieser Platz eine neue Form der Nutzung gewinnen. Alle Generationen könnten hier unter Bäumen im Schatten sitzen“, meint KPÖ-Familien-sprecherin **Christine Braunersreuther**.



## Für Sie erreicht:

– Egal, ob Universalmuseum Joanneum, Kunsthaus, Stadtmuseum, Schloss Eggenberg, Volkskundemuseum oder Zeughaus – Touristen finden unsere Museen oft nicht. KPÖ-Gemeinderat **Christian Sikora** beantragte deshalb ein **einheitliches Kulturleitsystem** in Graz. Ein solches wird nun in Angriff genommen und könnte 2015 umgesetzt werden.

– KPÖ-Gemeinderat **Andreas Fabisch** beantragte die bessere **Ausleuchtung der Fahrpläne** in den Warthhäuschen. „Im Winter sind diese oft bereits am späten Nachmittag schwer oder gar nicht mehr lesbar“, weiß Fabisch. Die Holding wird in den nächsten Monaten viele dieser Schaukästen mit LED-Lampen ausstatten.

– Durch den beharrlichen Einsatz von KPÖ-Gemeinderätin **Uli Taberhofer** wird das **Seniorenschwimmen** im Bad zur Sonne – um nur 2 Euro, für Mindestpensionisten nur 1 Euro – ab September 2014 zusätzlich auch freitags von 11 bis 12:30 Uhr angeboten.



Teuerung stoppen!



# Öffis: schon wieder teurer

Erneut angehoben werden mit 1. Juli die Preise für Bus und Bim. Das ist nicht nur ein Skandal, sondern zeigt auch, dass die Finanzierung des öffentlichen Verkehrs in der Sackgasse steckt.

Die Verkehrsprobleme, die die Baustelle am Glacis nach sich zieht, machen es deutlich: Es braucht ein grundsätzliches Umdenken in der Grazer Verkehrspolitik. Bus und Bim müssten Vorrang haben.

## 10 % teurer in 2 Jahren

„Statt Entlastung gibt es nur Show-Einlagen“, sagt KPÖ-Ver-

kehrssprecher Manfred Eber. Er spielt damit vor allem auf die Debatte über die Mur-Gondel an. Bei der im März präsentierten Studie über die Lebensqualitätsindikatoren (LQI) in Graz fanden die Grazer die hohen Preise für die öffentlichen Verkehrsmittel am Bedrückendsten.

Ab 1. Juli wird die Jahreskarte von 388 auf 407 Euro, die Wochenkarte von 12,70 auf 13,30 Euro verteuert, der Zehnerblock um 40 Cent und die Tageskarte um 10 Cent teurer. Verschont bleibt diesmal der Einzelfahrschein.

Der Vertrag mit dem steirischen Verkehrsverbund hat es ermöglicht, dass die Preise bei den Fahrscheinen

in nur zwei Jahren um 10% gestiegen sind. Mehrmals bemühte sich die KPÖ, diesen Vertrag zu ändern. Nun gibt es erste Anzeichen, dass etwas in diese Richtung tut. „Das wäre höchste Eisenbahn“, so Eber: „Die KPÖ wird nicht lockerlassen.“

## Finanzierungsvorschlag

Der Ausbau der Öffentlichen Verkehrsmittel kostet Geld, das durch eine Nahverkehrsabgabe aufgebracht werden könnte: KPÖ-Gemeinderat Robert Krotzer. „Uns schwebt ein Modell nach Vorbild der Wiener „U-Bahn-Steuer“ vor, also



eine Abgabe der Unternehmen von zwei Euro pro Beschäftigtem und Woche – 104,- Euro pro Jahr.“ Das sei mit den in Wien gültigen Ausnahmen – etwa für Kleinbetriebe – jedenfalls zumutbar. Jährliche Einnahmen von etwa 30 Millionen Euro könnten so lukriert werden. Diese müssten zweckgebunden für den öffentlichen Verkehr verwendet werden.

DANKE FÜR DIE GROSSE HILFSBEREITSCHAFT !

# Hilfe für Hochwasseropfer im Savetal

Zahlreiche Grazer sind dem Spendenaufruf der KPÖ gefolgt und helfen den Opfern der Flutkatastrophe in Bosnien, Serbien und Kroatien. Viele haben sogar extra eingekauft.

Im Mai wurden bei der schlimmsten Naturkatastrophe seit über 120 Jahren im Savetal ganze Städte und Dörfer überschwemmt, unzählige arme Familien haben ihre Häuser und Wohnungen verloren, 100.000 Menschen alles, was sie hatten. Eine Million Menschen sind von der Flut betroffen, tausende Familien mussten wegen Murenabgängen ihre Wohnungen verlassen. Ihre Gärten, die oftmals ihre einzige Einnahmequelle und Möglichkeit zur Lebensmittelbeschaffung waren, wurden zerstört.

Die KPÖ Graz rief eine Sofort-Hilfsaktion für die Flutopfer ins Leben. In der Lagergasse wurden, Babynahrung, haltbare Lebensmittel und Konserven,

Hygieneartikel, Decken, Schuhe, Gummistiefel, Desinfektions- und Putzmittel, Medikamente, Kerzen, Kanister, Geschirr etc. gesammelt.

Das Echo auf den Spendenaufruf war enorm. Schon am ersten Tag trafen zahlreiche Hilfsgüter ein. „Wir haben zu tun gehabt, um die großzügigen Spenden der hilfsbereiten Grazer fachgerecht zu verpacken“, so KPÖ-Gemeinderat Manfred Eber. „Freiwillige haben uns dabei geholfen.“

In den nächsten Tagen werden die Hilfsgüter direkt in die Katastrophenregionen gebracht. „Das ist auch gut so“, schmunzelt Eber, „Denn mittlerweile platzt unser Volkshaus aus allen Nähten!“ „Der Dank gilt Ervin Mesanovic und seinen Kollegen vom Verein der Bosniaken in Graz, der dafür sorgt, dass die Hilfsgüter dorthin kommen, wo die Hilfe am dringendsten benötigt wird“, sagt Stadträtin Elke Kahr. Die KPÖ dankt allen Spendern für ihre Hilfsbereitschaft und die Beteiligung an der Hilfsaktion!



Großer Dank gebührt dem Transportunternehmen Pistotnik, das die Transportkosten übernommen hat.



# „Ich muss hoffen“

Interview mit Prof. Dr. Klaus Posch zur Kinder- und Jugendhilfe

Der Leiter des Studienlehrgangs „Soziale Arbeit“ an der FH Joanneum erklärt, was Kinder- und Jugendhilfe leisten kann, warum gute Sozialarbeit eine Zeit- und Kostenfrage ist und was er sich für die künftige Kinder- und Jugendsozialarbeit in Graz wünscht.

In den vergangenen Monaten war die Jugendwohlfahrt in Graz wiederholt in den Schlagzeilen. Sexuelle Übergriffe in Jugend-Wohngemeinschaften waren genauso Thema wie das 2010 eingeführte Konzept der Sozialraumorientierung, das nicht nur positive Kritiken ausgelöst hat. Hofrat Professor Dr. Klaus Posch kommt aus der Praxis. 21 Jahre lang war er in der Bewährungshilfe tätig, bevor er als Lehrender an die FH Joanneum gewechselt ist. Ort der Sozialarbeit ist nicht der sterile Beratungsraum, sondern die Lebenswelt der Klienten, sagt er.

**Stadtblatt:** Wie sehen Sie die Entwicklung unserer Gesellschaft aus der Sicht der Sozialarbeit?

**Posch:** Viele Menschen haben in den letzten Jahren spürbare Verschlechterungen in Kauf nehmen müssen. Dabei spreche ich nicht allein von Arbeiterinnen und Arbeitern oder Menschen, die seit Generationen vom Arbeitsmarkt weg sind. Die Prekarisierung reicht mittlerweile bis weit in die Mittelschicht hinein. Das betrifft nicht nur die materiellen Bedingungen, auch die Belastungen für die Psyche haben zugenommen. Wie hoch der Preis des Neoliberalismus ist, können viele gar nicht abschätzen.

## WER HILFE BRAUCHT:

Die Stadt Graz bietet kostenlose Eltern- und Familienberatung an. Nähere Infos im Amt für Jugend und Familie unter der Tel. (0316) 872 3199 oder unter [www.familie.graz.at](http://www.familie.graz.at) [www.jugend.graz.at](http://www.jugend.graz.at)

**Stadtblatt:** Wie kann Sozialarbeit, und insbesondere die Kinder- und Jugendhilfe, Ihrer Ansicht nach gelingen?

**Posch:** Sozialarbeiter müssen ihre Klienten unterstützen, damit sie – sapperd gesagt – zu einem guten Leben kommen. Die Problemlösungskompetenz muss gestärkt, Ursachen für ein Problem (z.B. Wohnungslosigkeit) müssen beseitigt werden. Zugleich müssen Ressourcen aufgebaut, Verhaltensänderungen ermöglicht werden. Das alles ist aber nur auf der Basis einer Beziehung möglich, die behutsam aufgebaut werden muss. Und eine Beziehung aufzubauen, das braucht Zeit.

**Stadtblatt:** Wird die aktuelle Entwicklung im Bereich der Jugendarbeit in Graz – Stichwort Sozialraumorientierung – diesen Ansprüchen gerecht?

**Posch:** Das Abgehen von der klassischen aufsuchenden Sozialarbeit halte ich für einen Fehler. Denn wenn Sozialarbeiter nicht in die Familien gehen können, erreichen sie nichts. Die sogenannte „fallunspezifische Arbeit“, also Ressourcenbildung vor Ort, Siedlungsprojekte, Gemeinwesenarbeit u. dgl., die beim Konzept der Sozialraumorientierung so betont wird, ist nichts Neues. Aber das ist basispolitische Arbeit und nicht Arbeit von Sozialarbeitern.

**Stadtblatt:** Wie sehen Sie den finanziellen Aspekt der Sozialraumorientierung? Der deutsche Fachmann Vincent Richardt vom „Qualitätsinstitut Viasozal“ hat in seinem Evaluierungsbericht betont, dass in den vergangenen drei Jahren 4,1 Millionen Euro und damit 18,7 Prozent an

„Jedes Kind muss bestmöglich unterstützt werden, damit es seine Talente entwickeln und sein Leben selbst in die Hand nehmen kann“  
Professor Klaus Posch



Ausgaben eingespart werden konnten und meint, das sei den „pass- und zielgenauen Hilfen“ für die Klienten zu verdanken.

**Posch:** Über die finanziellen Entwicklungen und die konkreten Ursachen und ihre Hintergründe kann ich nichts sagen. Dazu habe ich zu wenig Einblick. Aber wie ich schon eingangs erwähnt habe, braucht es Zeit, um eine Beziehung aufzubauen. Und Zeit ist bekanntlich Geld. Hier sollte nicht gespart werden. Auf die Anzahl der Maßnahmen kommt es nicht an. Einzelleistungen zu bezahlen, wie das früher der Fall war, das ist bestimmt auch nicht der Weisheit letzter Schluss. Aber ein Aspekt ist mir schon besonders wichtig: Eine Privatisierung – und in diese Richtung geht die Reise – darf nicht stattfinden!

**Stadtblatt:** Sie sprechen die Ausgliederung der Jugend-WGs bei der Stadt Graz an?

**Posch:** Was ist das für eine Behauptung, dass private Träger alles besser machen? Gemeinderat, Landtag und Parlament dürfen nicht aus ihrer Verantwortung entlassen werden. Außerdem: Ein Jugendamt muss bis ins kleinste Detail nachweisen können, wo es das Geld ausgibt. Werden aber private Träger beauftragt, sind die Kontrollmöglichkeiten über eine zweckmäßige Verwendung der Gelder eingeschränkt. Wenn da der Geschäftsführer mit dem Luxusauto herumfährt, während diejenigen, die

die Basisarbeit leisten, schlecht entlohnt werden, kann das Jugendamt nicht eingreifen.

**Stadtblatt:** Wie soll es mit der Kinder- und Jugendsozialarbeit weitergehen?

**Posch:** Die Kinder- und Jugendhilfe wird leider unterschätzt. Was sie nicht leistet, wirkt sich fatal auf künftige Generationen aus und bringt massive zusätzliche Belastungen für die Gesellschaft. Deshalb bin ich der Ansicht, dass die Kinder- und Jugendhilfe dauerhaft und aufmerksam begleitet werden muss, damit notwendige Verbesserungen und Anpassungen rasch stattfinden können. Denn ein System ist nie perfekt.

**Stadtblatt:** Sind Sie in dieser Hinsicht eher pessimistisch oder optimistisch?

**Posch:** Verbesserungen sind möglich. Ich muss hoffen...

**Stadtblatt:** Was wäre Ihr Wunsch an die Politiker?

**Posch:** Alle Parteien sollten sich Überlegungen zur Kinder- und Jugendhilfe machen. Das Problem Kinderarmut muss stärker thematisiert werden. Es ist Aufgabe der Politik, dafür zu sorgen, dass jedes Kind materiell, geistig und emotional in die Lage versetzt wird, seine Talente zu entwickeln und sein Leben selbst in die Hand zu nehmen.





# Hackeln für 3,70 Euro?

## Sinkt der Lohn, steigt der Profit!

Haben Sie das Gefühl, dass Sie viel zu viel verdienen? Der Präsident der Industriellenvereinigung (IV), Georg Kapsch, ist sich jedenfalls sicher.

Er nahm eine Mitte Mai veröffentlichte Statistik des deutschen Statistischen Bundesamtes zum Anlass, um Kritik an der Höhe der Arbeitskosten in Österreich zu üben. Mit 31,30 inklusive Lohnnebenkosten, die österreichische Unternehmer im Schnitt pro Beschäftigtem zahlen, liegt Österreich im oberen Drittel. „Die Belastung durch Steuern und Abgaben ist bereits an der absoluten Obergrenze, mehr geht einfach nicht“, wird Kapsch in der Tageszeitung „Der Standard“ zitiert. Er fordert daher Lohnnebenkostensenkungen.

### Urlaubsgeld kürzen?

Doch was sind eigentlich Lohnnebenkosten? Zu den Lohnnebenkosten zählen Beiträge zum Familienlastenausgleichsfonds, Dienstgeberanteile zur Sozialversicherung, das Urlaubs- und Weihnachtsgeld und Sonderzahlungen für Feiertage ebenso wie ein Entgelt für Ausfallzeiten, Rücklagen für Abfertigungen, Krankengeld, Kommunalabgabe, Wohnbauförderung und Beiträge zur Berufsausbildung.

Das heißt: Lohnnebenkostensenkungen schränken die soziale Sicherheit der Beschäftigten ein und führen



© industrieblick - Fotolia.com

**Druck und Belastung am Arbeitsplatz nehmen zu, die Industriellenvereinigung will trotzdem weniger für die Arbeit zahlen.**

indirekt zu Einkommenseinbußen.

### Wer bietet weniger

Aber sind die Arbeitskosten in Österreich wirklich so hoch? Hier die Durchschnitts-Arbeitskosten einige Länder, mit denen das österreichische Lohnniveau verglichen wurde: In Polen kostet die Arbeitsstunde 7,40 Euro inklusive, in Rumänien 4,70 Euro und in Bulgarien, dem Musterland in Sachen niedriger Löhne, gar nur 3,70 Euro pro geleisteter Stunde. Beiträge für Gesundheitsversorgung, Pensionen und Steuern sind dabei nicht berücksichtigt. Diese Zahlen zeigen: Mit den genannten Staaten ernsthaft in Konkurrenz zu treten, hieße nicht nur die Lohnnebenkosten, sondern auch die Löhne massiv zu kürzen.

Die Industriellenvereinigung kann sich das gut vorstellen. Denn sinken die Löhne, steigt der Profit.

### Profite steigen

Die EU lässt ihre Mitgliedsstaaten in Sachen Lohndruckerei gegeneinander antreten und lobt im Interesse der Profitmaximierung von Großkonzernen jene Länder, in denen soziale Standards zurückgeschraubt und Löhne gesenkt werden – und die österreichische Politik spielt mit!

Die KPÖ sagt: Das muss aufhören. Lohndumping und Sozialkürzungen haben in Zeiten weltweit steigender Profite und Vermögen nichts verloren!

### MEINUNG

Von Kurt Luttenberger, Arbeiterkammerrat des GLB-KPÖ.



### Schöne Reden – aber kein Geld!

Die Probleme sind seit Jahrzehnten dieselben: Zu wenig Geld, Schulden, hohe Arbeitslosigkeit, steigende soziale Probleme, Umweltbelastungen usw. Das Geld, das für Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit gebraucht würde, ist nicht in Sicht, im Gegenteil: Die Sparpolitik soll fortgesetzt werden.

Die Massenarbeitslosigkeit in vielen Städten wird letztlich von der Politik einfach hingenommen. Auch in Graz. Einige neue Ausbildungsplätze – gut und schön. Für Menschen über 40 gibt es jedoch kaum mehr Perspektiven am Arbeitsmarkt – außer „working poor“ oder „prekär“.

Eine besondere Frechheit ist die aktuelle Steuerreformdebatte. „Kalte Progression“, Belastungen und Kürzungen finanzieren Banken und Konzernen ihr Schlaraffenland. Und wir werden selbst auf eine minimale Steuerreform noch warten müssen. Leider führen die Politiker nur schöne Reden, schaffen aber keine Verbesserungen für das tägliche Auskommen.

Schönen Sommer wünscht  
Ihr Arbeiterkammerrat  
Kurt Luttenberger

## Land will bei Museen kürzen

In den ORF-Gebühren sind auch Abgaben für das Kulturwesen des Landes enthalten. Die Neuaufteilung der Rundfunkabgabe soll nach dem Willen der Landesregierung zu Kürzungen bei heimischen Museen führen. KPÖ-LABg. Claudia Klimt-Weithaler lehnt diese Vorgangsweise ab. Renommierte Einrichtungen wie das Freilichtmuseum in Stübing oder das österreichische Kabarettarchiv

wären beinahe der verfehlten Kulturpolitik zum Opfer gefallen, wenn sich nicht breiter Widerstand geregt hätte. Weithaler: „Die bisherige Aufteilung dient der Sicherung der heimischen Museen. Durch die Novelle werden viele heimische Institutionen früher oder später Probleme bekommen. Sie dient nur dazu, einigen Regierungsmitgliedern mehr Geld zur Selbstinszenierung zur Verfügung zu stellen.“

## Fernwärme aus Gratkorn?

Es war eine Seifenblase. Knapp vor der Gemeinderatswahl 2012 hat Bürgermeister Nagl eine Absichtserklärung („Letter of intent“) mit folgendem Inhalt unterzeichnet. In Zukunft sollte die Abwärme des SAPPI-Werks in Gratkorn für die Grazer Fernwärmeversorgung genutzt werden. Das wurde in den Medien groß wiedergegeben. Am 1. Juni 2014 meldet die Kleine Zeitung

(versteckt in einem Artikel über Probleme mit der Fernwärmeversorgung): „Die Zellstofffabrik von Sappi könnte zwar Abwärme liefern. Dafür wäre aber der Bau einer 30 Millionen Euro teuren Wärmeleitung nötig. Diese Investition will niemand riskieren, weil niemand garantieren kann, dass Gratkorn Jahrzehnte noch in Betrieb sein wird.“ Der Wahlkampfschlager der ÖVP ist abgehakt.





**SATIRE**  
von Günter Eichberger

## GERÄUMIGER ALS EIN SARG

Das Leben wäre ja an sich eine feine Sache, wenn da nicht die Lebenshaltungskosten wären. Das Leben wird einem geschenkt, aber in der Erhaltung kommt es dann doch recht teuer. Wer nicht zufällig mit einem goldenen Löffel im Mund geboren und in eine diamantbesetzte Wiege gelegt wird, später auf Rosen und Aktienpaketen gebettet ist, muss sich beizeiten um eine Beschäftigung umsehen, damit er sein Auskommen findet.

Wer nicht unter Brücken nächtigen will - was nur im Sommer eine gewisse Romantik verspricht -, braucht dringend einen Unterschlupf. Beim Essen lässt sich notfalls sparen - dann wird man sogar ohne Fitnesscenterbesuch schlank -, auch kann man statt Lagenweinen klares Leitungswasser trinken, leichthin auf Hobbys wie Golf und Dressurreiten verzichten, gelenkig vom Bentley aufs Fahrrad umsteigen, frohen Herzens Matressen und Butler entlassen - ein Dach über dem Kopf aber muss einem bleiben. Und die Wohnung sollte geräumiger sein als ein Sarg.

Leider steigen die Wohnkosten wie furchtlose Bergsteiger immer hö-

her. Um einmal nackte Zahlen zu nennen: Seit 2008 ist der Quadratmeterpreis für Eigentumswohnungen in den Landeshauptstädten um bis zu 50 Prozent gestiegen. Dass das mit der Finanz- und Wirtschaftskrise zusammenhängt, ist wohl mehr als ein Gerücht. Wer es sich leisten kann, erwirbt solides „Betongold“, wie Makler und Märchenonkel Immobilien neuerdings respektvoll nennen. Persönlich in Schlössern oder Palais wohnhaft, dient dieser Ankauf dann als Wertanlage. Wem die Renditen aber nicht bei den Ohren herauswachsen oder wer keine Erbtante bis zu ihrem Ableben treu versorgt hat, muss leider mieten. Und das kann zum unbürgerlichen Trauerspiel werden, denn so manche Erwerbstätige arbeiten für ihre vier Wände.

Die Richtwerte richten sich nach den Wünschen der Eigentümer. Die Abschaffung der Obergrenzen hat einen freien Markt mit freien Mietzinsen geschaffen, der Wohnungswerber in die Schuldenfalle lockt. Statt wie die Lilien auf dem Felde leben die Lohnabhängigen wie die Baumwollpflücker zur Erntezeit!

*Günter Eichberger lebt als freier Schriftsteller in Graz.*

## Revitalisierung des Buchkogel- und des Rudolfsteiges

Rund um den Buchkogel im Grazer Westen führen zahlreiche beliebte Wanderwege die Grazer hinaus in die Natur.

wurden die beiden Steige derart in Mitleidenschaft gezogen, dass an ein gefahrloses Benutzen dieser zurzeit nicht mehr möglich ist. Zahlreiche Holzstufen haben der Witterung nicht standgehalten, Geländer sind umgefallen und Wege aufgrund der starken Witterungsverhältnisse unpassierbar geworden.



**KPÖ-Gemeinderat  
Christian Sikora**

Vom Schloss St. Martin kommend führt über den Buchkogelsteig Süd (Oacherl Steig) ein Wanderweg in Richtung Buchkogel zur Rudolfswarte, von Johann und Paul kommend ein Wanderweg über den Rudolfsteig (Buchkogelsteig Nord). 1975 gründete der österreichische Alpenverein unter Präsident Hans Schnell eine Interessengemeinschaft bestehend aus der Sektion Graz des österreichischen Alpenvereins, der Grazer Berg- und Naturwacht sowie dem Fremdenverkehrsverein Straßgang, welche für die Instandsetzung der Rudolfswarte mitsamt den allseits beliebten oben genannten Steigen aufkam.

Aufgrund elementarer Ereignisse, u. a. Windbruch im Wald sowie starker Eisregen im heurigen Jahr,

Nun wäre jedoch die Möglichkeit einer Revitalisierung äußerst günstig, da die GBG zusammen mit der Berg- und Naturwacht die Waldschäden des zerstörerischen Eisregens des heurigen Jahres wieder instandgesetzt und es nur eines geringen Mehraufwandes bedarf, die in Mitleidenschaft gezogenen Steige ebenfalls wiederherzustellen.

KPÖ-Gemeinderat stellte Christian Sikora den Antrag auf Revitalisierung der beiden beliebten Steige rund um den Buchkogel.



Beratung in Fragen von  
**ARBEIT und BERUF**



# GLB-KPÖ

Termine unter Tel.

**0660 / 1426 080**

E-Mail: [glb@glb-steiermark.at](mailto:glb@glb-steiermark.at) • <http://www.glb-steiermark.at>





## Aktuelles aus den Grazer Bezirken

### STRASSGANG

#### Bahnübergänge nicht schließen!

Das Land Steiermark plant eine Reduktion der Bahnübergänge. Davon betroffen wären auch die in der Abstaller Straße und der Trattfelder Straße. „Für Fußgänger und Radfahrer zählen sie aber zu den wichtigsten Ost-West-Verbindungen im Stadtgebiet“, betont KPÖ-Gemeinderat Christian Sikora. „Auch stellen die Übergänge eine sehr wichtige Verbindung zu nahegelegenen Schulen und Kindergärten sowie zu Horteinrichtungen dar. Eine Sperre wäre für die vielen Anrainer und Schüler mit enorm langen, unzumutbaren Umwegen verbunden.“



### LEND

#### Gefahrenquelle Buhngasse

Der östliche Teil der Buhngasse ist ein wichtiges Verbindungsstück zwischen dem Lendkai und den Wohngebieten rund um die Neubaugasse, Zeillergasse und Grüne Gasse. Leider fehlt in diesem Bereich ein dringend notwendiger Gehsteig oder zumindest eine Bodenmarkierung mit Symbol für Fußgänger. In der nächsten Bezirksrats-



sitzung wird sich KPÖ-Bezirksvorsteherstellvertreter **Christian Carli** für die Behebung dieser Gefahrenquelle einsetzen.

sitzung wird sich KPÖ-Bezirksvorsteherstellvertreter **Christian Carli** für die Behebung dieser Gefahrenquelle einsetzen.

#### Postpartner geschlossen

Ende 2011 wurde trotz zahlreicher Proteste auch die Postfiliale in der Wienerstraße 2 geschlossen. Seitdem gab es am Lendplatz einen Postpartner, der nun aber auch zugesperrt hat. KPÖ-Bezirksvorsteherstellvertreter **Christian Carli**: „Das Versprechen von Post und Stadt Graz, auch nach

**Christian Carli**, KPÖ-Bezirksvorsteher-Stellvertreter in Graz-Lend



der Postamtsschließungswelle eine grundlegende Infrastruktur aufrechtzuerhalten, wurde wieder einmal nicht eingehalten!“

### GÖSTING

#### EINLADUNG

##### Stadtteilversammlung

Am 2. Juli, um 17:30 Uhr veranstaltet der Bezirksrat Gösting eine Stadtteilversammlung in der Weixelbaumstraße/Ostseite Wienerstraße. Hauptthema ist nach wie vor die Unterführung zur ÖBB-Strecke. Weiters wird die Zukunft der Unterführung Römerweg behandelt. KPÖ-Bezirksrat **Gerhard Strohriegl**: „In dieser Frage darf der Bezirk Gösting nicht nachgeben.“



„In dieser Frage darf der Bezirk Gösting nicht nachgeben.“

### MARIATROST

#### Druckknopfampel bringt mehr Sicherheit

Vor allem für ältere Menschen und für Kinder erweist sich in der Mariatrosterstraße der Übergang zur beliebten Konditorei Kern als nicht unproblematisch, schon zweimal kam es durch erhöhte Geschwindigkeit von Autofahrern zu Personenschaden. KPÖ-Gemeinderat **Andreas Fabisch** forderte daher erneut eine Druckknopfampel für mehr Sicherheit der Fußgänger.



schaden. KPÖ-Gemeinderat **Andreas Fabisch** forderte daher erneut eine Druckknopfampel für mehr Sicherheit der Fußgänger.



### GEIDORF

#### Körösstraße: Weinstock schützen!

Die Körösistubn, entstanden vor mehr als 200 Jahren, ist eine der letzten Zeuginnen des Lebens und der Baukultur eines typischen Grazer Vorstadtviertels. Den Gastgarten schmückt ein uralter Weinstock, der seit 2007 amtlich als Naturdenkmal bezeichnet werden darf.

Das Gebäude muss einem Neubau weichen. „Bei den Abriss- und Bauarbeiten ist es wichtig, den Weinstock und sein Wurzelwerk zu schützen“, erklärt Hanno Wisiak von der KPÖ Geidorf. „Außerdem muss das Naturdenkmal für die Bevölkerung zugänglich bleiben.“ Eine öffentliche Grünfläche, die gemeinsame Nutzung des angrenzenden Vorgartens



oder eine (künstlerische) Integrierung in den Haltestellenbereich – Stichwort „Warte-Laube“ – wären dafür Möglichkeiten. Die Geidorfer Bezirksvertretung hat einstimmig beschlossen, mit diesen Vorschlägen an den Magistrat heranzutreten.

### JAKOMINI

#### Unermüdlicher Einsatz

Mit April endete die einjährige Funktionsperiode von Bezirksvorsteherin **Edeltrud Taschner** (KPÖ), und ihre Bilanz kann sich sehen lassen: Mehr als 30 Anträge wurden in diesem Zeitraum eingebracht und beschlossen, der Schwerpunkt lag dabei auf Sozialprojekten. Mithilfe des Bezirksbudgets wurden u.a. ein Spielplatz mit Spielgeräten ausgestattet und eine mehrsprachige Kinderbibliothek eingerichtet. Finanziell unterstützt wurden die Beschaffung von Lernbehelfen, der Ankauf eines Rollstuhlfahrrads und dringende Anschaffungen und Veranstaltungen des Frauenwohnheimes. Der besondere Einsatz Taschners für die Erhaltung des Spielplatzes in der Dr.-Robert-Sieger-Straße wurde



leider nicht belohnt: Der Spielplatz musste trotz Widerstands der Bevölkerung einem Bauprojekt weichen. Auch in den Bereichen Verkehr und Sicherheit wurden im Bezirksrat Jakomini Jahr zahlreiche Beschlüsse einstimmig gefasst und die Anliegen zur raschen Umsetzung an die Stadtverwaltung herangetragen.

**Wir danken Edeltrud Taschner für ihren Einsatz für die Bevölkerung!**

Auf Edeltrud Taschner folgt Ewald Muhr (SPÖ) als neuer Bezirksvorsteher.





**ANDRITZ**

**Durchwegung zum Hofer**

Seit vielen Jahren gibt es aus der Andritzer Bevölkerung die Forderung, eine Durchwegung zwischen dem Ursprungweg und der Stattegger Straße zum Hofer-Markt neben der Andritz AG anzulegen.

Zurzeit müssen von Fußgängern und von Radfahrern große Umwege über die stark befahrene Stattegger Straße in Kauf genommen werden, um zum Hofer zu gelangen. KPÖ-Gemeinderat **Christian Sikora** hat für die KPÖ einen entsprechenden Antrag im Gemeinderat eingebracht. Die Abteilung für Verkehrsplanung ist mit den Grundeigentümern Andritz AG, ÖWG und Hofer in Kontakt getreten. Sowohl Andritz AG als auch ÖWG waren gesprächsbereit. Ausgerechnet aber die Fa. Hofer selbst hat kundgetan, dass sie „von einer Umsetzung des von Ihnen vorgeschlagenen Geh- und Radwegs an der östlichen Grenze absehen muss“. „Menschen ohne Auto sind für die Fa. Hofer als Kunden offenbar uninteressant“, stellt Bezirksvorsteher-Stellvertreterin **Karin Reimelt** (KPÖ) fest.

**GRIES**

**Kindermannngasse soll Einbahn werden**

Die Kindermannngasse wird zwischen Lazarettgasse und Josef-Huber-Gasse mit zwei Fahrspuren im Gegenverkehr geführt. Nach Verbreiterung des Gehsteigs in diesem Bereich ist die Kindermannngasse viel zu schmal für zwei Fahrspuren. Dazu kommt eine vermehrte Be-

nutzung als Durchfahrtsstraße, leider oft mit überhöhter Geschwindigkeit. Aus diesen Gründen kam die Bezirksvertretung gemeinsam mit den Anrainern zum Ergebnis, dass die Kindermannngasse im genannten Bereich zukünftig als Einbahn geführt werden sollte.

**LIEBENAU**



**Staus durch Bahnschranken**

In der Frage, wie die Liebenauer Hauptstraße nach Fertigstellung des Südgürtels aussehen soll, hat die Stadt Graz eine Bürgerbeteiligung initiiert. Dazu KPÖ-Bezirksrat **Max Korp**: „Es freut mich grundsätzlich, dass die Bürger befragt werden, aber solange das Hauptproblem in der Liebenauer Hauptstraße, nämlich die Staus durch den Bahnschranken, nicht beseitigt wird, ist jede Bürgerbeteiligung sinnlos.“ Korp betont, dass mit dem Bau des Südgürtels eine Bahnunterführung versprochen wurde, jetzt aber keine Rede mehr davon sei.

**ST. PETER**

**St. Peter erstickt im Straßenverkehr** KPÖ

**Protest: Straßensperre am 30 Juni**

Nach einem Jahr erfolgloser Verhandlungen mit der Stadt und der Übergabe von über 2000 Unterschriften für eine Verlängerung der Linie 63 hat sich der St. Peter-Jour-fixe mit Unterstützung des Bezirksrates dazu entschlossen, mit einer Straßensperre zu protestieren.

Auf Höhe des Bezirksamtes wird die St.-Peter-Hauptstraße am **30. Juni in der Zeit von 7:30 bis 8 Uhr für den Verkehr abgesperrt**. Stadteinwärts fahrende

Busse und Einsatzfahrzeuge werden selbstverständlich durchgelassen.

„Es werden etwa 340 Wohneinheiten entlang der St.-Peter-Hauptstraße bis zum Messendorfgrund gebaut“, weiß **Gert Kosmus**, Bezirksvorsteher-Stellvertreter von der KPÖ: „Der Bezirk erstickt im Verkehr, und bei den zuständigen Stellen der Stadt werden die Nöte und Wünsche der Bevölkerung ignoriert. So darf das nicht weitergehen.“

**63er durch St. Peter!** KPÖ

**ST. LEONHARD**

**Langsamer fahren!**

Als Beitrag zur Verkehrssicherheit in St. Leonhard hat der Bezirksrat beschlossen, ein weiteres mobiles Geschwindigkeitsmessgerät anzuschaffen.

Andreas Nitsche



**Krenngasse: Kein Geld für weiteres Wartehäuschen**

Während Bürgermeister Nagl ankündigt, dass für den Song-Contest oder die Murgondel das Börsel der Stadt locker sitzt, bleiben die Leute im Regen stehen. So fehlt etwa für das von KPÖ-Bezirksvorsteher-Stellvertreter **Andreas Nitsche** geforderte (größere) Wartehäuschen an der Haltestelle Krenngasse das Geld, obwohl das bestehende bei Regen und Schnee in den Stosszeiten nicht ausreicht.

**INNERE STADT**



Unmut erregt der Bau von Luxuswohnungen am Grazer Pfauegarten. Viele befürchten nun, dass die Benutzung des Stadtparks eingeschränkt werden könne. Sogar die alte Stadtmauer könnte durchgebrochen werden, um einen Durchgang zum Stadtpark zu errichten.

Das tägliche Leben muss leistungsfähig bleiben!

**Es reicht. Teuerung stoppen!**



## FÜNF JAHRE WOHNHAUS SCHWALBE

# Hoffnung und Neuanfang

Frauen mit psychischen Erkrankungen finden im Wohnhaus Schwalbe nach einem Aufenthalt in der Klinik ein vorübergehendes Zuhause. Fünf Jahre gibt es das Wohnhaus bereits – eine Erfolgsgeschichte.

„Ich bin seit Anfang April hier“, erzählt eine der acht Frauen, die im Wohnhaus Schwalbe wohnen. „Ich war im vergangenen Sommer zwei Mal in der Klinik.“ Die junge Frau hat Borderline und leidet an einer starken Form der Selbstverletzung. Nach den Klinikaufenthalten bezog sie in Graz eine Wohnung. Doch auf sich allein gestellt, merkte sie schnell, dass sie angespannt, unruhig und überfordert war. Sie kam in die Schwalbe. In diesem Haus fand sie die Unterstützung, die sie braucht. Einerseits durch die Frauen, die hier leben, andererseits aber durch die Leiterin Angelika Vanek-Enyinnaya und den Leiter Arndt Stering. Sie sind immer da, sorgen für einen geregelten Alltag und stehen für Gespräche zur Verfügung.

## Initiative von Betroffenen

Angelika Vanek-Enyinnaya und Arndt Stering wissen genau, wie sich die Frauen fühlen, denn die Idee zum Wohnhaus Schwalbe entstand während eines mehrwöchigen stationären Aufenthaltes der beiden als Patienten der Sigmund

Freud Klinik Graz im Frühling 2008. „In den Gesprächen, die wir mit Patienten führten, fiel uns immer wieder auf, dass bei vielen von ihnen große Ängste vor der Zeit nach dem Klinikaufenthalt bestanden. Angst vor Überforderung, Einsamkeit und manchmal auch Heimatlosigkeit“, erinnert sich Vanek-Enyinnaya. „So entstand die Idee, für Frauen, die durch eine psychische Krise oder eine schwierige Lebenssituation vorübergehend nicht alleine wohnen können oder wollen, im Rahmen einer Betroffeneninitiative eine von Peers begleitete Wohngemeinschaft ins Leben zu rufen.“ Nach einer einjährigen Konzeptentwicklungsphase konnte im Juni 2009 in Graz-Eggenberg das Wohnhaus „Die Schwalbe“ als österreichweit einzigartige Betroffeneninitiative eröffnet werden.

## Wie eine Familie

Eine junge Frau, die wegen Depression, Ess- und Persönlichkeitsstörung stationär behandelt wurde, kam über eine Sozialarbeiterin zur Schwalbe. Sie konnte nicht zurück zu ihrer Familie. „Seit November wohne ich hier“, erzählt die 21-Jährige. „Die Wohngemeinschaft ist für viele von uns sowohl zur Familie als auch zu einer Selbsthilfegruppe geworden. Man lernt wieder, Verantwortung zu übernehmen und den Alltag zu meistern.“ Die Frauen beteiligen sich unter anderem beim Kochen, der Gartenarbeit und bei Entspannungsprogrammen, die ehrenamtliche Mitarbeiter anbieten.

„Wir können die Entwicklung der anderen Frauen mit ansehen. Das gibt Mut und zeigt uns, dass auch wir so eine Entwicklung durchmachen

FOTO: Helmut Vanek



Das große, helle Wohnhaus Schwalbe hat Platz für acht psychisch erkrankte Frauen und bietet einen begleiteten Neustart nach einem klinischen Aufenthalt.

können“, schildert eine 31-jährige Bewohnerin, die an einer schweren Depression und Dissoziationsstörungen leidet. Ein Aufenthalt von einem Jahr im Wohnhaus ist vorgesehen, bei Bedarf kann aber verlängert werden.

„Mehr als 30 Frauen waren schon bei uns, zu vielen haben wir noch regelmäßigen Kontakt“, schildert Vanek-Enyinnaya. „Fünf Jahre sind seit

Gründung der Schwalbe vergangen. Ohne die vielen Menschen, die wir für unser Projekt begeistern konnten und die vielen ehrenamtlichen Helfer wäre es nicht möglich gewesen, die Betroffeneninitiative für Frauen mit psychischen Erkrankungen ins Leben zu rufen.“ Zum Jubiläum lud die Schwalbe Unterstützer und Freunde zu einem Fest, um sich für die gute Zusammenarbeit zu bedanken.

FOTO: Helmut Vanek



Fest zum Jubiläum: Vor fünf Jahren startete die Betroffeneninitiative „Die Schwalbe“. Unterstützer und Freunde wurden zum Fest geladen.

## UNTERSTÜTZUNG FÜR DIE SCHWALBE:

Wenn Sie das Wohnhaus Schwalbe unterstützen wollen, können Sie eine Spende auf das Konto des Vereins überweisen: Steiermärkische Sparkasse IBAN AT16 2081 5000 0186 3703 lautend auf Verein „Die Schwalbe“. Nähere Info unter [www.dieschwalbe.at](http://www.dieschwalbe.at)



## Glücksspielgesetz: Jackpot für Automatenbetreiber



SPÖ, ÖVP und FPÖ werden das neue Glücksspielgesetz noch vor dem Sommer dem Landtag vorlegen. Die KPÖ bleibt bei ihrer Haltung: Das „Kleine Glücksspiel“ richtet großen Schaden an. Die extrem hohen Einsätze, die durch das neue Gesetz künftig legal möglich sein werden, machen die positiven Ansätze zum Spielerschutz zunichte.

In den Automatenalons sind künftig **Einsätze von 10 Euro** pro Spiel möglich (bisher 50 Cent), der **Höchstgewinn beträgt 10.000 Euro** (bisher 20 Euro). Die **Pause** zwischen Spielen muss **1 Sekunde** betragen. Die vorgeschriebene „Abkühlphase“ miteingerechnet, können **in 24 Stunden somit bis zu 828.000 Euro eingesetzt – und verspielt – werden.**

Ab 2016 wird es in der Steiermark Lizenzen für knapp über 1000 Automaten in Salons geben. KPÖ-LAbg. Claudia Klimt-Weithaler: „*Was in diesem Gesetz steht, hat nichts mehr mit ‚Kleinem Glücksspiel‘ zu tun. Die Regelungen ermöglichen den Glücksspielkonzernen maximale Gewinne auf Kosten der Spielsüchtigen. Wer die Geschäftemacherei mit der Spielsucht beenden will, muss im Juli mit der KPÖ für einen Ausstieg aus dem Automatenpiel kämpfen.*“



# Protest zahlt sich aus Der Regress ist weg!



Jahrelang mussten Kinder für ihre pflegebedürftigen Eltern Regress leisten, wenn diese in einer Pflegeeinrichtung betreut wurden. Es wurde auf das Ersparte, auf die Wohnung oder das Haus zugegriffen, Pension und Pflegegeld abkassiert.

Diese „Angehörigensteuer“ gab es früher in ganz Österreich, nach und nach wurde sie überall abgeschafft – so auch in der Steiermark. Unter SPÖ-Landeshauptmann Voves wurde der unsoziale Regress 2011 jedoch wieder eingeführt. Die KPÖ leistete Widerstand.

### Breite Proteste

Ein Standbein der Bewegung gegen den Regress war die ständige „Belästigung“ der Regierung mit diesem Thema im Landesparlament. Der wesentliche Druck wurde aber außerparlamentarisch aufgebaut. Über 18.000 Steirerinnen und Steirer unterstützten die Unterschriftenkampagne der KPÖ. Einen erfreulichen Beitrag zur Aktion leisteten die beiden Feldkirchner Erich Gosch und sein Sohn Manuel:

Sie sammelten auf eigene Initiative über tausend Unterschriften gegen den Pflegeregress – und wollen es nicht dabei belassen.

Um die Haltung der „Reformpartner“ zu verdeutlichen, stellte die KPÖ vor jeder Sitzung des Landtags eine Mauer für Landeshauptmann Voves und seinen Stellvertreter Schützenhöfer auf. Am 1. Mai stellte die steirische KPÖ den Kampf gegen den Regress in den Mittelpunkt ihrer Demonstration.

### Unüberhörbarer Unmut

Unüberhörbar wurde der Unmut der Bevölkerung. Die Unterschriften, Protestkundgebungen und Landtags-

initiativen gegen den Pflegeregress hatten schließlich gewirkt: SPÖ und ÖVP haben eingelenkt.

KPÖ-Landtagsabgeordnete **Claudia Klimt-Weithaler**: „Der Widerstand der Bevölkerung hat sich gelohnt. Der Regress ist endlich Geschichte. Das gibt uns Hoffnung, dass viele andere unsoziale Maßnahmen der so genannten ‚Reformpartner‘ auf Dauer nicht haltbar sind. Man sieht, dass sich Widerstand auszahlt.“

### Keine Gewinnmacherei bei der Pflege!

Kostenlos wird Pflege auch in Zukunft nicht sein. Eltern müssen nach wie vor für pflegebedürftige Kinder bezahlen. Das persönliche Vermögen, die Wohnung der Betroffenen wird weiter belastet. „Das darf man nicht vergessen“, sagt Klimt-Weithaler, die auf eine andere Form der Pflegefinanzierung drängt. Ein Ausstieg aus gewinnorientierten privaten Pflegeheimen wäre ein Schritt, den auch der Rechnungshof bereits angeregt hat. „Privatisierungen oder weitere Kürzungspakete im Sozial- oder Bildungsbereich zur Pflegefinanzierung kommen für uns nicht infrage“, so Klimt-Weithaler.



Ohne die Mitwirkung vieler ehrenamtlicher Aktivisten wäre der Erfolg der Aktion nicht möglich gewesen. Im Bild Familie Gosch, sie sammelten allein über 1.000 Unterschriften.



FÜR MIETZINSOBERGRENZEN UND  
ERHÖHUNG DER WOHNBEIHILFE!

# Wohnen macht arm

2011 haben SPÖ und ÖVP die Wohnbeihilfe drastisch gekürzt. Die Zuzahlungen zu den Betriebskosten wurden halbiert, was zu vielen Härtefällen geführt hat. KPÖ-LAbg. Werner Murgg fordert eine umgehende Erhöhung der Wohnbeihilfe.

Ein Ehepaar, bei dem beide Partner eine Mindestpension beziehen, hat bereits ein zu hohes Einkommen, um noch Wohnbeihilfe zu bekommen. Verschärft wird die Lage tausender steirischer Mieter durch den Wegfall der Annuitätzuschüsse für Wohnungen, die vor 20 Jahren errichtet wurden.

## PREISTREIBER WOHNKOSTEN

Durchschnittlich um 3,6 % stiegen 2013 die Mieten an. Auch die Instandhaltungs- (2,2 %) und Betriebskosten (1,7 %) sorgten für einen enormen Anstieg der Wohnkosten. Immer mehr Steirer können müssen einen Großteil ihres Einkommens für Miete und Betriebskosten aufwenden. Da die realen Arbeitseinkommen seit Jahren stagnieren oder sinken, sind immer mehr Menschen von teuren Wohnkosten betroffen.

KPÖ-LAbg. Werner Murgg: „Die Wohnbautöpfe wurden jahrzehntelang geplündert und die aushaftenden Darlehen an Banken verscherebelt. Die einzige Möglichkeit, um das Wohnen wieder leistbar zu machen, ist eine Erhöhung der Wohnbeihilfe und die Erleichterung des Bezuges.“

„Angesichts der Teuerungen in vielen Bereichen haben die Menschen schon jetzt zu kämpfen. Künftig sollen sie auch bei der Miete noch etwas drauflegen. Das wird für viele zum Existenzproblem!“, warnt die Grazer Wohnungsstadträtin Elke Kahr. Die KPÖ tritt für Mietzinsobergrenzen ein.



Wohnen muss wieder leistbar werden! Nicht nur durch den Bau von Gemeindewohnungen wie hier im Bild, sondern auch durch gesetzliche Maßnahmen.

## „Kindergarten-Sparpaket“ gestoppt

Eine Novelle des steirischen Kinderbetreuungsgesetzes sah in der ursprünglichen Fassung massive Verschlechterungen vor.

So war etwa vorgesehen, dass die Abwesenheit eines Kindes am Nachmittag einen Monat vorher bekannt gegeben werden muss. Wären genügend Kinder am betreffenden Tag entschuldigt, müsste die Pädagogin nach Hause gehen. Für die Beschäftigten hätte das bedeutet, immer erst

am Monatsbeginn zu erfahren, wie viele Stunden sie arbeiten werden und wie viel sie bezahlt bekommen.

Nach dem Eintreffen zahlreicher negativer Stellungnahmen, unter anderem der Stadt Graz, konnten viele Verschlechterungen entschärft werden, freut sich KPÖ-Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler, die selbst Kindergärtnerin ist: „Unser Bildungssystem braucht Investitionen, keine Kürzungen.“

## Kommentar LAbg. Claudia Klimt-Weithaler

KPÖ im Landtag

### Freier Handel oder Zwangsjacke?



Vor 20 Jahren stimmte Österreich über den Beitritt zur Europäischen Union ab. Unter dem Eindruck großer Versprechungen – vielen ist noch der „Ederer-Tausender“ in Erinnerung, den jede Familie nach dem Beitritt monatlich mehr im Börsel haben sollte – stimmten zwei Drittel zu.

Heute würde eine solche Abstimmung anders ausgehen. An der EU-Parlamentswahl im Mai nahmen nur 45 % der Bevölkerung teil. Das geringe Interesse ist verständlich: Das EU-Parlament ist nur dem Namen nach ein Parlament, die Politik wird anderswo gemacht. Zum Beispiel von der Kommission. Diese verhandelt gerade im Geheimen mit den USA über zwei Wirtschaftsabkommen: TTIP und TISA.

Hinter dem Kürzel TTIP steckt ein sogenanntes „Freihandelsabkommen“, das private Konzerne auf die gleiche Stufe stellt wie Nationalstaaten mit ihren demokratisch gewählten Parlamenten. Alle Handelsbeschränkungen sollen aufgehoben werden, damit Umweltstandards, Konsumentenschutz und soziale Rechte dem Profitstreben

der Konzerne nicht im Wege stehen können. In Streitfällen sollen Schiedsgerichte tagen – geheim, versteht sich. Der viel zitierte Genmais und die Chlorhühner, die dann auch in Österreich verkauft werden dürfen, sind nur die Spitze des Eisbergs.

Seit eineinhalb Jahren wird auch über TISA verhandelt, ein weiteres Abkommen über „öffentliche Dienstleistungen“. Dahinter steckt ein Generalplan zur Deregulierung, Liberalisierung und Privatisierung der öffentlichen Wasserversorgung, der Energieversorgung und des Bildungs- und Gesundheitswesens. Die politischen Eliten in Europa und den USA machen sich aus, wie diese lukrativen Happen den Konzernen mundgerecht serviert werden können.

Alles auf unserem Planeten soll zur Ware gemacht und in Konzernprofite verwandelt werden. Eine Abkehr vom Neoliberalismus ist in der Zwangsjacke der EU unmöglich. Es ist Zeit für Widerstand.

LAbg. Claudia  
Klimt-Weithaler  
Tel. 0316 / 877 5104  
ltk-kpoe@stmk.gv.at





Sparzinsen: Fast Null

# Überziehungszinsen 19,74 Prozent

Wucherzinsen: Bei diesem Wort denkt man an schmierige Geldverleiher, die in Hinterhöfen sitzen und bedauernswerte Menschen noch weiter ins Unglück stürzen. Trotz des schlechten Rufes, den sich die Banken in den letzten Jahren zu Recht erworben haben, würde man bei Banken Wucherzinsen nicht vermuten. Dieses Bild trägt aber, wenn man sich die Überziehungszinsen bei Girokonten anschaut.

Während Zinsen auf Sparguthaben gegen Null tendieren, muss man laut einer jüngsten Erhebung der Arbeiterkammer für Überziehungszinsen bis zu 19,74 Prozent bezahlen, wenn der Kontorahmen überzogen wird. Bleibt man innerhalb des Kontorahmens, fallen immer noch bis zu 13,25 Prozent an Zinsen an. Auch bei Bearbeitungsgebühren, Rücklastschriftspesen und Mahngebühren wird ordentlich zugelangt.

Dabei rechnet man mit dem schlechten Gewissen der Kunden, die ihre Gehaltskonten regelmäßig überziehen müssen. Für die Banken kommt aber durch die gewaltigen Zins- und Speseneinnahmen ein ordentliches Körbergeld zusammen, das sie – überspitzt gesagt – für neue Risikospekulationen verwenden.

In Deutschland haben zuletzt die Verbraucherminister der Bundesländer den Banken das Ultimatum gestellt, ihre Überziehungszinsen zu senken. Falls dies nicht geschehen sollte, müsse das Parlament eine gesetzliche Belastungsobergrenze beschließen. Die ING-Diba, die Sparda und die Commerzbank haben in Deutschland ihre Zinssätze für Kontoüberziehungen bereits gesenkt. Die Österreichischen Banken wollten davon nichts wissen und halten an der Politik der Mini-Sparzinsen und der Maxi-Überziehungszinsen fest. Die Regierung sieht diesem Missverhältnis tatenlos zu.

„Österreich sollte dem Beispiel Deutschlands folgen und endlich Schritte gegen den Überziehungs-



zins- und Gebührenwucher einleiten“, forderte KPÖ-Gemeinderätin **Ina Bergmann** daher in der Gemeinderatssitzung und stellte den Antrag, dass sich die Stadt Graz für eine gesetzliche Obergrenze für Überziehungszinsen sowie eine Begrenzung der Bearbeitungsgebühren und Mahnspesen bei Girokonten einsetzen soll. Der Antrag der KPÖ wurde im Gemeinderat beschlossen.

„Es ist nicht einzusehen, warum die Bankkunden in Österreich weiter Wucherzinsen zahlen müssen. Geldinstitute wie die Hypo werden mit vielen Milliarden an Steuergeldern am Leben erhalten und die Bevölkerung muss das mit immer neuen Belastungen bezahlen. Fünf Prozent mehr als der Leitzins der EU-Zentralbank wären angemessen“, betont Bergmann.

## UMFRAGE: SAGEN SIE IHRE MEINUNG...

... und gewinnen Sie kleine Buch- und Sachpreise

Soll die Höhe der Überziehungszinsen auf Girokonten gesetzlich begrenzt werden?

JA  NEIN

Gedanken und Anregungen:

\_\_\_\_\_  
 \_\_\_\_\_  
 \_\_\_\_\_

Ich möchte kostenlos und unverbindlich Informationen der KPÖ Graz erhalten.

Name:

Adresse:

\_\_\_\_\_  
 \_\_\_\_\_



An das

**GRAZER  
Stadtblatt**

Elke Kahr  
 Volkshaus, Lagergasse 98a  
 8020 Graz

Fax: 0316 / 71 62 91

E-Mail: stadtblatt@kpoe-graz.at

## Verschuldung verhindern

Auch Sozialminister Hundstorfer hat sich für eine Senkung der Wucherzinsen ausgesprochen, die österreichische Banken für Überziehungen auf Girokonten verlangen.

**Elke Kahr:** „Leider beschränkt Hundstorfer seine Aktivitäten auf gutes Zureden, eine gesetzliche Begrenzung dieser Zinsen schließt er noch aus.“ Der Grazer Gemeinderat fordert wie die KPÖ eine gesetzliche Begrenzung der Überziehungszinsen bei fünf Prozent über dem Zinssatz (Leitzins). Elke Kahr: „Die Schuldenfalle schnappt immer öfter unbarmherzig zu. Hier würde eine kleine Maßnahme wie die Senkung der Überziehungszinsen helfen. Darüber hinaus sollten Bedingungen geschaffen werden, in denen die Leute gar nicht erst in die Verschuldung getrieben werden.“





## EU: Sie sind auf Geld gebettet

EU-Kommissar oder EU-Parlamentarier müsste man sein. Sie kennen nämlich keine Krise, wenn es um ihre Gehälter und ihre Privilegien geht. Ein paar Beispiele:

**EU-Kommissionspräsident:** Seine Monatsgage beträgt 30.600 Euro (inklusive Zulagen)

**EU-Parlamentspräsident:** 21.500 Euro monatlich (inklusive Zulagen)

**ÜBERGANGSGELD:** Wenn EU-Politiker aus dem Amt scheidet, sind sie bestens abgesichert:

**EU-Kommissare** haben bis zu drei Jahre lang Anspruch auf ein Übergangsgeld von bis zu 65 Prozent des Grundgehaltes.

**EU-Abgeordnete** bekommen ein Übergangsgeld in der Höhe ihres Grundgehaltes von etwa 8.000 Euro. Dieses Geld wird bis zu 24 Monate lang ausbezahlt.

„Die Verstrickungen zwischen Parteien und Konzernen sind enorm. 20.000 Lobbyisten arbeiten in Brüssel. 3 Milliarden Euro werden jährlich in die Beeinflussung politischer Entscheidungsträger »investiert«“  
Martin Ehrenhauser.

**Raus aus der EU!**  
Solidarstat statt EU-Konkurrenzregime!

[www.solidarwerkstatt.at](http://www.solidarwerkstatt.at)

Plakat, Aufkleber bitte bestellen bei:  
[www.solidarwerkstatt.at](http://www.solidarwerkstatt.at)

## FREIHANDELSABKOMMEN TTIP Eine große Bedrohung



Grazer Gemeinderat gegen das geplante Globalisierungsabkommen EU-USA

Der Grazer Gemeinderat hat sich mehrheitlich gegen das geplante Freihandelsabkommen zwischen EU und USA (TTIP) ausgesprochen. KPÖ-Gemeinderat Robert Krotzer, der den Antrag eingebracht hatte, betont: „TTIP stellt eine Bedrohung für soziale Standards, Arbeiterrechte, öffentliches Eigentum, Umweltauflagen, Verbraucher- und Datenschutz, ökonomische Entwicklung und demokratische Kontrolle dar“.

Diese Gefahren müssen abgewendet werden. Es geht darum, zu verhindern, dass Konzerne ungehindert über unsere Köpfe hinweg fast alles bestimmen können.

Die Verhandlungen über das Freihandelsabkommen verhöhnen die Demokratie: Die Verhandlungs-

dokumente sind geheim. Das österreichische Parlament wird nicht einmal informiert.

Künftig sollen eigene Schiedsgerichte über die Einhaltung des Freihandelsabkommens befinden. Das bedeutet, dass Staaten zu Strafzahlungen verdonnert werden könnten, wenn Unternehmen meinen, dass ihre Profite durch staatliche Profite geschmälert werden. Damit werden

die Rechte von Unternehmen über jene von Staaten gestellt. Es würde Unternehmen ermächtigen, Regierungen vor ein außergerichtliches Tribunal zu zerren. Und zwar mit dem schlichten Argument, dass die Gesundheits-, Finanz- oder Umweltpolitik dieser Regierung ihre Investorenrechte beeinträchtigt“, schrieb dazu die französische Monatszeitung für internationale Politik, Le Monde diplomatique.



## Das Bauamt vor Ort: Reges Interesse

Rund 30 Personen kamen zur Sprechstunde der Baubehörde im Bezirk Gries, welche am 4. Juni im Gasthaus Bosphorus stattfand.

Die Bezirksbewohner hatten zahlreiche Fragen und Anliegen. Zur Beantwortung standen das für den Bezirk zuständige Team von der Bau- und Anlagenbehörde und Stadträtin Elke Kahr zur Verfügung.

Neben grundsätzlichen Erkundigungen nach Abläufen und Zuständigkeiten bei der Baubehörde standen Fragen zu Bebauungsplänen im Bezirk im Mittelpunkt des Interesses. Weiters Thema war eine störende Leuchtschriftreklame, die die Nacht der Anrainer zum Tag macht.

Bezüglich Gerüchten um ein mögliches Hochhausprojekt auf dem Areal der derzeitigen Postgarage konnte Stadträtin Elke Kahr Entwarnung geben: Das Grundstück ist Gewerbegebiet und müsste

umgewidmet werden, damit ein solches Bauprojekt überhaupt erst eingereicht werden kann.

Im Anschluss an die Veranstaltung nutzten einige die Gelegenheit, um ungezwungen zu plaudern und den Abend bei einem Getränk ausklingen zu lassen. „Es freut mich, dass die Sprechstunden der Baubehörde so gut angenommen werden“, sagte Stadträtin Elke Kahr. „Das persönliche Gespräch mit den zuständigen

Fachleuten trägt zu einem guten Gesprächsklima zwischen der Behörde und der Bevölkerung bei. Wir wollen außerdem helfen, dass die Grazerinnen und Grazer sich in unserem Behördensdschungel zurechtfinden. Und das ist uns in einigen Fällen bereits gut gelungen!“

**Bauamt vor Ort, jeden letzten Mittwoch im Monat, Ort wird bekanntgegeben.**





## IST WÄHLEN NOCH MODERN?

## Wer zur Wahl geht – und wer nicht.

In den Zeiten der Monarchie durften nur die Reichen an Wahlen teilnehmen. Wer nicht genug Steuern zahlte, der hatte kein Recht, mitzubestimmen, wer in den Parlamenten sitzen sollte.

100 Jahre danach kommt dieses Klassenwahlrecht wieder zurück. Nicht durch ein Gesetz, das armen Menschen die Teilnahme an Wahlen verbieten würde, sondern durch die gesunkene Wahlbeteiligung. Wohlhabende und gebildete Menschen nehmen eher an Wahlen teil als sozial ausgegrenzte oder arbeitslose.

## EU Wahl 2014

Das zeigt auch ein Blick auf die Wahlbeteiligung in den Grazer Stadtbezirken bei der EU-Parlamentswahl am 25. Mai 2014. Im Bezirk Mariatrost lag die Wahlbeteiligung (ohne Wahlkarten) bei 45,62 Prozent, im Bezirk Gries ist sie auf 29,05 Prozent gefallen. Nicht einmal ein Drittel der Wahlberechtigten ist dort ins Wahllokal gegangen.

In Puntigam nahmen 32,62 % der Wahlberechtigten ihr Stimmrecht wahr, in Waltendorf waren es 44,13 Prozent. In Graz lag

Immer weniger Wählerinnen und Wähler verirren sich in die Wahllokale. Oft haben sie das Gefühl, dass sie ohnehin nichts mitbestimmen können.

Erst die Revolution von 1918 brachte in den meisten Ländern das allgemeine Wahlrecht für Frauen und Männer.



die Wahlbeteiligung insgesamt ohne Wahlkarten bei 37,16 Prozent.

Was zeigen diese Beispiele? Während in bürgerlich geprägten Bezirken die Wahlbeteiligung deutlich über dem Durchschnitt liegt, ist sie in den Arbeiterbezirken deutlich darunter.

Immer mehr Menschen, denen es nicht gut geht, halten es für sinnlos, zu einer Wahl zu gehen. Sie sehen kein Licht mehr.

Das wird aber bei der Berichterstattung über Wahlergebnisse von den Medien ausgeblendet. Die ÖVP ist österreichweit bei der EU-Wahl zur Siegerin ausgerufen worden, obwohl sie nur mehr von 9 Prozent der Wahlberechtigten angekreuzt worden ist.

Der Philosoph Jürgen Habermas hat diese Entwicklung so ausgedrückt: »Die Drift zur Spaltung der Gesellschaft verbindet sich ... mit dem alarmierenden Trend einer zunehmenden politischen Lähmung und Entfremdung von Wählerinnen

und Wählern aus überwiegend unterprivilegierten Schichten, das heißt mit dem Abbröckeln der gleichmäßigen Repräsentation der Wahlbevölkerung und ihres unverkürzten Interessenspektrums.«

Durch die Hintertür schleichen sich bei uns wieder Zustände ein, die an das politische System der ausgehenden Kaiserzeit erinnern. Was kann man dagegen tun? *Stadträtin Elke Kahr: „Wir müssen Politik aus der Sicht jener machen, die ihre Wohnung nicht heizen können. Aus der Sicht jener, die Angst haben müssen, wenn die Waschmaschine kaputt wird, weil sie sich keine neue leisten können. Aus der Sicht jener, die jeden Tag hart arbeiten und trotzdem nicht in der Lage sind, sich selbst und ihrer Familie ein schönes Leben zu bereiten.“*

Das ist nicht einfach, aber notwendig. Sonst sind die gewaltigen Sozial- und Demokratieprobleme unserer Gesellschaftsordnung nicht zu bewältigen.

Franz St. Parteder

## Gedenkfeier für Bertha Suttner



**Gemeinsame Gedenkfeier für Bertha Suttner:** Auf Initiative des Grazer Friedensbüros und der Bezirksräte von Gries und Jakomini versammelten sich anlässlich Bertha Suttners 100. Todestages auf der Bertha-von-Suttner-Friedensbrücke Schulklassen, interessierte Bürger und Vertreter der Politik, darunter der ehemalige KP-Stadtrat Ernest Kaltenegger, die KP-Gemeinderäte Andreas Fabisch und Robert Krotzer sowie Gerti Schloffer, erste Bezirksvorsteherstellvertreterin von Gries, um der Friedensnobelpreisträgerin und ihrer Leistungen zu gedenken.

## ZVP Zentralverband der Pensionisten

## SPRECHSTUNDEN

Mo. bis Fr. von 10 bis 12 Uhr

Lagergasse 98a, 8020 Graz

E-Mail: zentralverband@gmx.at

☎ **0316/71 24 80** Voranmeldung erbeten.

Wir helfen bei: ● Anträgen auf **Pflegegeld** ● Antrag auf „einmalige Unterstützung“ ● **Pensionsanträgen** wie Alterspension, Invaliditäts- und Berufsunfähigkeitspension, Hinterbliebenenpension wie Abfertigung und Abfindung ● anderen Problemen

Jeden Donnerstag gemütlicher Nachmittag  
im Volkshaus-Karl Drews Klub, Lagergasse 98a



BERTHA SUTTNER, FRIEDENSNOBELPREISTRÄGERIN ZUM 100. TODESTAG

# Die Waffen nieder!

Die österreichische 2-Euro Münze trägt das Bild der Vorkämpferin für Frieden und Menschenrechte – Bertha Suttner. Dabei hatte sie ihr Leben lang mit Geldnot zu kämpfen.



„Die Religion rechtfertigt nicht den Scheiterhaufen, der Vaterlandsbegriff rechtfertigt nicht den Massenmord, und die Wissenschaft entzündet nicht die Tierfolter.“  
Bertha Suttner, *Schach der Qual*, 1898

Bertha Suttner wurde am 9. Juni 1843 in Prag als Gräfin Kinsky von Wicznitz und Tettau geboren. Ihr Vater, ein General, war zuvor im 75. Lebensjahr verstorben. Die Erbschaft ermöglichte Berthas Mutter vorerst ein weitgehend sorgenfreies Leben, das auch Bertha Suttner schon in ihrer Jugend in die Kurbäder und Glücksspielzentren (Baden-Baden, Monaco) führte.

## Reiche Heirat erwünscht

Die Tour durch die mondänen Badeorte ihrer Zeit verfolgte einen Hintergedanken: Bertha sollte mit einem finanziell gut ausgestatteten älteren Herren, womöglich von Adel, verkuppelt werden. Es kommt zu drei Verlobungen, etwa mit dem um 34 Jahre älteren Gustav Heine Geldern. Bertha ist aber nicht bereit, sich an einen reichen Mann zu verkaufen.

Mit 28 Jahren nimmt sie eine Stellung als Gouvernante im Haus des Wiener Schotterbarons Suttner an. So verdient sie sich selbstbewusst ihr eigenes Geld. In einen der Söhne, sieben Jahre jünger als sie, verliebt sie sich: Arthur Suttner, ihren späteren Ehemann.

Diese Verbindung bleibt nicht

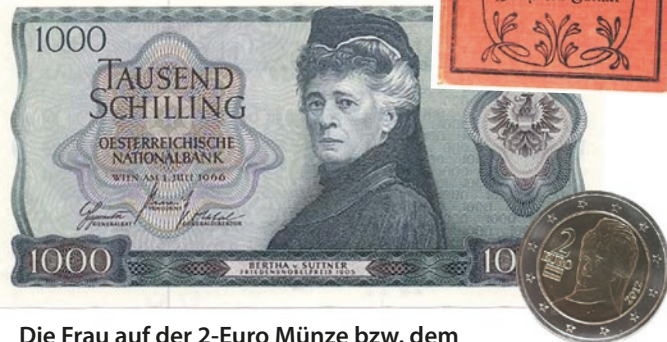
## BERTHA VON SUTTNER FRIEDENSBRÜCKE

Die Friedensbewegung der 1980er Jahre erreichte die Umbenennung der Schönaubücke in Bertha-von-Suttner-Friedensbrücke. Damals wurde auch der Schloßbergsteig von Kriegs- in Friedenssteig umbenannt.

geheim, Bertha muss das Haus Suttner verlassen. Auf ein Zeitungsinserat des Dynamit-Erfinders und Industriellen Alfred Nobel bekommt sie Arbeit als dessen Sekretärin in Paris. Nur wenige Tage 1875 und 1876 trifft sich Bertha Kinsky mit Alfred Nobel in Paris. Die Beziehung wird aber bis zu Nobels Tod weitergeführt. Bertha wird Nobel zur Stiftung seines Vermögens inspirieren.

## Kaukasus und zurück

Bertha fährt nach Wien zurück, heiratet dort heimlich Arthur Suttner. Das Paar macht sich tags darauf auf die Reise in den Kaukasus, möglicherweise angeregt durch die Reiseberichte eines Alexandre Dumas oder auch in der Hoffnung, bei den Geschäften der Brüder Nobel, die im Kaukasus nach Öl bohren, mitarbeiten zu können. Wie auch immer: Die Suttners können sich in der Gründerzeitkrise auch in Georgien eher schlecht als recht durchschlagen. Mit Unterricht und schriftstellerischen Arbeiten, die sie nach Wien schicken, halten sie sich über Wasser.



Die Frau auf der 2-Euro Münze bzw. dem 1000-Schilling-Schein hatte zeitlebens Geldprobleme. Bertha Suttner: Die österreichische Friedensaktivistin und Frauenrechtskämpferin erhielt 1905 den Friedensnobelpreis, für dessen Stiftung durch Alfred Nobel sie die wesentliche Ideengeberin war.

1885 kehren die Suttners nach Österreich zurück. Unter dem Pseudonym „Jemand“ veröffentlicht Bertha Suttner zunächst das Buch

„Maschinenzeitalter“, eine politische Auseinandersetzung mit vielen gesellschaftspolitischen Themen. Den großen Durchbruch schafft sie aber mit dem Buch „Die Waffen nieder!“, die in Ich-Form geschriebene Erzählung einer Frau, die in den Kriegen des Habsburgerreiches immer wieder Angehörige verliert. Vielfach wird die Erzählung für autobiografisch gehalten.

## Gepfändet und delogiert

Bertha Suttner wird Organisatorin der aufkeimenden Friedensbewegung in Österreich-Ungarn. Auch auf Internationalen Friedenskonferenzen wird sie zur gefragten Rednerin. Bertha wird aber nicht nur als Friedenskämpferin wahrgenommen. Ihr Eintreten für Wahlrecht und Gleichberechtigung der Frauen ist ein dauerhaft verfolgtes Anliegen.

Ein ständiges Problem bleibt aber die Geldnot: Die Suttners tun sich schwer, ihre Aktivitäten und ihren Lebensunterhalt zu finanzieren. 1892 gründen sie den „Verein zur Abwehr des Antisemitismus“. Allerdings: eine

Existenzsicherung ist mit den eingenommenen Mitgliedsbeiträgen nicht möglich. Um die Jahrhundertwende wird das Familienanwesen der Suttners versteigert, Arthur Suttner stirbt bald darauf, 1902.

Schon 1896 hatte Alfred Nobel in seinem Testament den Friedensnobelpreis gestiftet. 1905 bekommt ihn die Ideengeberin Bertha Suttner zugesprochen. Während der europäische Militarismus immer stärker wird, hört Bertha Suttner nicht auf, für den Frieden zu streiten. 1914, fünf Wochen vor dem Beginn des Weltkrieges, stirbt sie in Wien. Ihr Leichnam wird auf eigenen Wunsch verbrannt: Auch das war 1914 noch eine politische Demonstration.

## BEZUG ZUR STEIERMARK

Eine umfangreiche Korrespondenz Suttners mit dem steirischen Abgeordneten Bartholomäus Carneri ist erhalten.

Peter Rosegger unterstützte den Friedensverein und den Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Kurz vor ihrem Tod kaufte Bertha Suttner ein Haus in der Steiermark, konnte es aber nicht mehr nutzen.

Die Informationen sind der empfehlenswerten Biografie von Brigitte Hamann, erschienen 2013 im Brandstetter-Verlag, entnommen.







## SERIE: FUSSBALL IN GRAZ – SV UNION LIEBENAU

## „Bei uns hat jeder ein Leiberl“

Ein reges fußballerisches Leben hat Graz zu bieten. Viele Unterhausvereine können auf große Traditionen zurückblicken. Teil 12 einer Serie von Hanno Wisiak

und Sanierung des in die Jahre gekommenen Vereinsheimes unumgänglich gemacht. Wiederum waren es die Bemühungen der Vereinsmitglieder, die das möglich machten.

**Solide Leistungen**

Heute spielt die Kampfmannschaft in der Unterliga Mitte, wo sie sich mit einem 3:1-Auswärtssieg gegen Übelbach den siebten Tabellenplatz sicherte. Damit ist der SV Liebenau – nach Sturm und dem SV Andritz – der derzeit drittstärkste Grazer Fußballklub.

Doch nicht nur gekickt wird in Liebenau. Neben der Fußball-Sektion werden von der Sportunion auch Tennis, Faustball, Ski, Langlauf, Lauf- und Stocksport angeboten.

**Jugendsport und Rasen-Soccer**

Besonders bemüht ist man seit jeher um die Förderung der Jugend. „Bei uns hat jeder ein Leiberl“, heißt es deshalb völlig zu Recht in der Festschrift anlässlich des 40-jährigen Bestehens der Liebenauer Sportunion. Gemeinsam mit dem ASKÖ Murfeld betreibt man das Jugendfußball-Ausbildungszentrum. Zwölf Jugendmannschaften jagen dem runden Leder in Liebenau nach. Und das sehr erfolgreich: Die U 15A wurde heuer Meister im Gebiet Graz – mit der bemerkenswerten Bilanz von neun Siegen in neun Spielen und einem Torverhältnis von +36.

Bereits zum 19. Mal findet am Schulschlusswochenende der Liebenauer Rasen-Soccer am Platz der Sportunion am Jägerweg statt. In einem Riesenzelt geht das traditionelle Großturnier – für Jugendteams jeden Alters, eine allgemeine Klasse und Altherren – mit breitem Rahmenprogramm über die Bühne.

Nähere Infos und Anmeldung unter:

[www.svliebenau.at](http://www.svliebenau.at)



Junge Kicker mit ihrer Betreuerin Luise Klanner (links) hinter der Engelsdorfer Schule 1956.



Unbesiegter Meister im Gebiet Graz: U15 A des SV Union Liebenau.

**Danke für die gute Arbeit**

foto Stadt Graz/Fischer



Nach 30 Jahren verabschiedet sich **Wohnungsamtsleiter Dr. Norbert Wisiak** (im Bild rechts) in den wohlverdienten Ruhestand und übergibt die Leitung an **Mag. Gerhard Uhlmann**. Vieles ist in den vergangenen 30 Jahren in der Wohnungspolitik erreicht worden. Das ist nicht zuletzt dem unermüdlichen Einsatz Norbert Wisiaks zu verdanken. Von „Wohnungsamtsleiter in Ruhe“ kann aber nicht die Rede sein. Wisiak kündigte an, dass er sein Wissen an gemeinnützige Einrichtungen weitergeben will.

Ernest Kaltenecker, Elke Kahr und das Grazer Stadtblatt sagen ganz herzlich Danke für die gute Zusammenarbeit. Wir wünschen viele schöne Erlebnisse mit Familie und Freunden und vor allem Gesundheit.

Mit einer Kampf- und einer Jugendmannschaft begann es 1965 unter der Führung der Liebenauer Bezirksvorsteherin Luise Klanner. Aus der Kindergruppe, die sie im Rahmen der „Österreichischen Jugendbewegung“ leitete, war SV Union Liebenau hervorgegangen.

Im ersten Meisterschaftsspiel unterlagen die Liebenauer noch 7:3 gegen Wacker Graz, konnten jedoch zwei Wochen später gegen Gösting „ein anerkanntes Unentschieden“ herausholen, wie die „Wahrheit“, damals Tageszeitung der steirischen KPÖ, schrieb. Bereits am 14. September 1965 berichtete sie nach einem 7:0-Sieg gegen den AAC Gemeinde: „Resultatmäßig überlegen zeigten sich in diesem ziemlich einseitig verlaufenen Kampf die Liebenauer. Sie hatten nicht nur die besseren Einzelspieler in ihren Reihen, sondern waren auch als Gesamtkörper weit einheitlicher.“

**Der Bau der Heimstätte**

Die ersten zehn Jahre hatte man noch keine eigene Heimstätte. Man benutzte den Trainingsplatz des Liebenauer Stadions, den Marienplatz, den Viktor-Franz-Platz und den legendären Körnerplatz der GSV. Endlich, zum zehnjährigen Jubiläum des Vereins, konnte der eigene Sportplatz mit dem Vereinsheim am Jägerweg feierlich eröffnet werden. Mit viel Einsatz hatten Spieler, Funktionäre und Freiwillige an der Errichtung mitgewirkt. Zwei Tennisplätze sollten bald folgen.

2002 wurde die Runderneuerung des Klubhauses mit der neuen Kantine fertig gestellt. Das rasche Wachstum hatte eine Erweiterung



## Just Another Brick in the Wall

## Keine Freude mit der Zentralmatura

Mit der Einführung der Zentralmatura im kommenden Jahr wird über die Stärken, Schwächen und Interessen der Jugend drübergefahren. Die EU-geförderte Gleichschaltung des Wissens erstickt jede Form der Selbstbestimmung und Kreativität. Den Schülern wird totes Wissen in den Kopf gepresst, dabei etwas fürs Leben zu lernen ist mit den derzeit angewandten Methoden schier unmöglich. Autoritärer Leistungsdruck und Konkurrenzdenken werden mit der Zentralmatura noch verschärft.

Heuer wurde testweise an 53% der AHS die Zentralmatura in Mathematik, Englisch und Deutsch durchgeführt. Das Stadtblatt fragte Doris B., 37, eine Nachhilfelehrerin für Mathematik und Physik in Graz.

**Stadtblatt:** 2014 ist die Zentralmatura in Kraft getreten. Wie geht es dir damit?

**Doris. B.:** Seit der Umstellung der Schularbeiten auf das System der Zentralmatura habe ich eine sehr große Unsicherheit auf Seiten der Schüler festgestellt.

**Stadtblatt:** Worin siehst du die Ursachen dafür?

**Doris. B.:** Neben weiteren Kritikpunkten wurde die Zentralmatura viel zu schnell eingeführt. Die Schülerinnen und Schüler, die jetzt zur Matura kommen, haben ihre Schullaufbahn noch im „alten“ System begonnen und mussten sich

auf eine vollkommen neue und ungetestete Art des Lernens umstellen.

**Stadtblatt:** Wie wirkt sich die Vorbereitung auf die Zentralmatura für dich in der Praxis aus?

**Doris. B.:** In Mathematik hatte ich das Problem, dass viele Schüler mit neuen, fehlerhaften oder nicht dem jeweiligen Wissenstand entsprechenden Unterlagen zu mir kamen. Bei vielen neuen Beispielen werden Definitionen, die zum Auswendiglernen sind, abgefragt. Mathematik mutiert so vom kompetenzorientierten Fach, bei dem es wichtig war, Techniken zu beherrschen, zum Lernfach. Für mich ist es unter diesen Umständen sehr schwer, die Freude am Fach Mathematik zu vermitteln.

**Stadtblatt:** Welche Konsequenzen könnte das Deiner Meinung nach haben?

**Doris. B.:** Wenn es nicht mehr darum geht, kreativ zu tüfteln, sondern nur standardisiertes, auf leichte Vergleichbarkeit getrimmtes Wissen abgefragt wird, verliert dieses Fach die Faszination. Gerade mathematikbegabte Schülerinnen und Schüler könnten dadurch das Interesse an diesem Fach komplett verlieren und sich gegen ein einschlägiges Studium entscheiden.

**Fazit:** Die Zentralmatura legt nahe, dass Können und Wissen genormt werden können, und dass es auf jede Frage eine klar definierte Antwort gibt. Geprüft werden kann nur mehr, was vergleichbar ist. Vor allem diese Gleichschaltung aller Maturanten ist es, die so beklemmend wirkt.



© Moritz Wussow - Fotolia.com

## Die neue Zentralmatura geht auf Kosten der Vielfalt

Zwar ist mit der Zentralmatura auf den ersten Blick die Gleichbehandlung der Absolventen garantiert. Aber allein bei unterschiedlichen Voraussetzungen an den Schulen ist das gar nicht möglich. Zudem geht das Konzept der Zent-

ralmatura auf Kosten der Vielfalt. Es nimmt den Schulen die Möglichkeit, Schwerpunkte herauszubilden und jenen Schülern anzubieten, die gerade dort ihre Stärken haben. Dadurch können Potenziale nicht entwickelt werden und liegen brach.



## Wohnen in Graz:

Von der Wohnungssuche bis zu Problemen und Streitfällen: Wenn Sie Fragen haben, wenden Sie sich bitte an die städtische Wohnungsinformationsstelle (Schillerplatz 4, Tel. 0316 / 872-5450) oder an das Büro von Stadträtin Elke Kahr (Rathaus 2. Stock, Zi. 235, Tel. 0316 / 872-2060).

6. Antirassistisches & Internationalistisches  
**FUSSBALLTURNIER & PARTY**

**KICKEN GEGEN RECHTS!**

love football - hate fascism!

Gespielt wird in Fünfer-Teams  
am Kleinfeld ohne Tormann/-frau.  
Anmeldung bis 1. Juli unter [graz@kjoe.at](mailto:graz@kjoe.at)

**5. JULI 2014**  
Ankick: 14 Uhr  
**Augarten Graz**  
Weitere Infos: [www.kjoe.at](http://www.kjoe.at)

**KJÖ**





## Tiere suchen ein Zuhause

## TIERECKE

Beim Landestierschutzverein warten Haustiere auf neue Besitzer; oder entlaufene Lieblinge auf ihre alten...

Folgende Tiere vermittelt das Tierheim des Landestierschutzvereins, Grabenstraße 113, Graz, Tel. 0316 / 68 42 12 <http://www.landestierschutzverein.at>



**Anoki:** ist ein 1,5 jähriger Huskyrüde. Er wäre ein idealer Zweithund, da er etwas unsicher ist und sich sehr stark an anderen Hunden orientiert.



**Marko:** ist ein aufgeweckter, 3-jähriger Mischlingsrüde. Er bräuchte Besitzer die viel Zeit für ihn haben, da er nicht gerne alleine bleibt.



**Wolli:** ist ein freundlicher, 6-jähriger Mischlingsrüde. Er liebt ausgedehnte Spaziergänge und ist mit anderen Hunden gut verträglich.



**Aika:** 9-jährige Schäfermischlingshündin. Sie braucht einen Einzelplatz. Ins Tierheim ist sie gekommen, weil bereits zum zweiten Mal ihr Besitzer verstorben ist.



**Salvator:** ist ein kastr., 6-jähriger Bull Terrier. Er ist ein freundlicher, verspielter Kerl der aber Katzen nicht so gerne mag.



**Rocky:** ist ein bereits älterer, mittelgroßer Mischlingsrüde. Er ist noch aktiv für sein Alter und sehr freundlich gegenüber Fremden.



**Esmeralda:** weibliches Widderkaninchen, das auf dem Areal des Tierheims in einen Korb ausgesetzt wurde. Sie sucht einen guten Platz bei Artgenossen.



**Erik:** ist ein 1-jähriges, männliches Meerschweinchen. Er sehnt sich nach einem Zuhause mit Artgenossen.

## Singen im Volkshaus

im Volkshaus, Lagergasse 98a jeweils Freitag, 19 Uhr

Wer gern singt, kann mitmachen: Lieder und Chöre der Arbeiter- und Friedensbewegung



Info: [eva.itzlinger@chorifeen.com](mailto:eva.itzlinger@chorifeen.com)



Der SC Extraherb WS bietet offene Vereinsabende für Schachinteressierte: jeden Donnerstag ab 19 Uhr, Körösistubn.

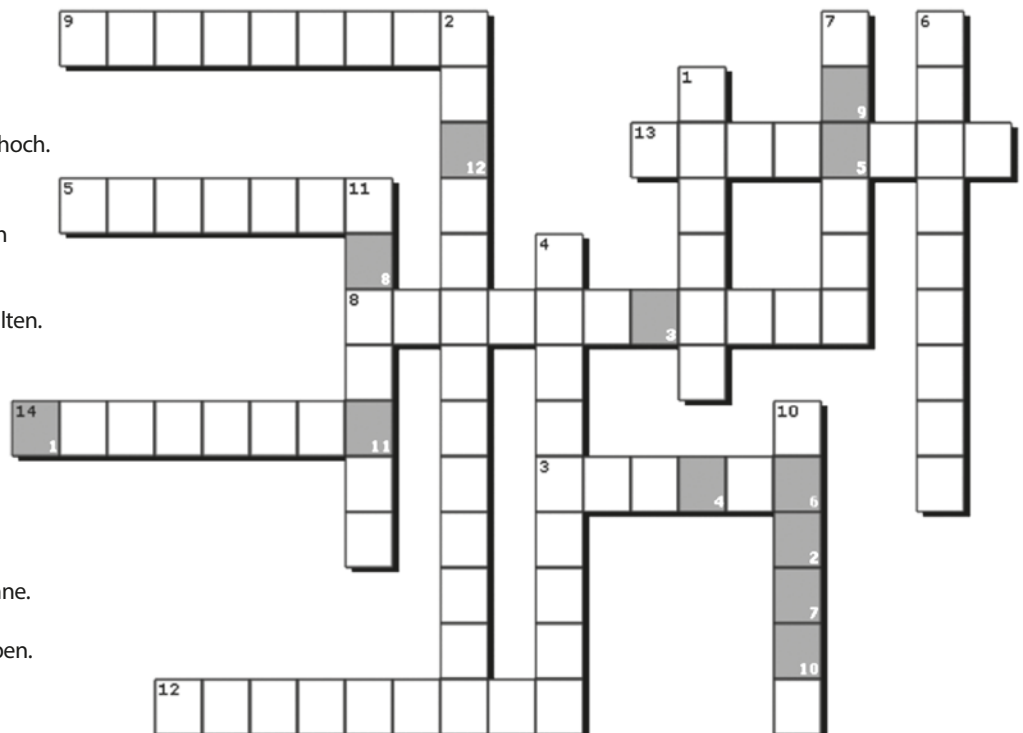
Anfänger und Quereinsteiger: Nach Bedarf, Anmeldung unter 0699 100 435 28. •

Vereinsmitgliedschaft gratis.

## GRAZER Stadtblatt- Schwedenrätsel

1. Beim Sparen gering, überzieht man aber, sind sie hoch.
2. Mit vielen Pannen hat sie die Schüler in ganz Österreich geplagt:
3. Nicht nur heiß wird er, sondern manchenorts auch laut.
4. Die Körösistubn ist geschlossen. Nun gilt es, dieses Naturdenkmal in ihrem Gastgarten zu erhalten.
5. Sie erfand und erhielt den Friedensnobelpreis und zierte den Tausend-Schilling-Schein.
6. Als Grazer Hausberg ist er der Magnet für Wandersleut'.
7. Bei Bus und Bim schnellen sie jährlich in die Höhe.
8. Ihr Chef ist Gagenkaiser (2 Wörter).
9. In diesem Bezirk liegt der Volksgarten.
10. Um ihn zu steigern, senken Unternehmen die Löhne.
11. Endlich ist er abgeschafft. 18.000 haben bei der KPÖ gegen ihn unterschrieben.
12. Vorgarten der Reichen soll er nicht werden.
13. Aus diesem Bezirk kommt die derzeit drittbeste Grazer Fußballmannschaft.
14. Hoffnung und einen Neuanfang bietet dieses Wohnhaus psychisch erkrankten Frauen.

Die Lektüre des Grazer Stadtblattes ist bei der Beantwortung hilfreich!



Senden Sie die Lösung an: [stadtblatt@kpoe-graz.at](mailto:stadtblatt@kpoe-graz.at)  
Post: Stadtblatt, Lagergasse 98a, 8020 Graz  
Unter den Einsendungen werden Buchpreise verlost.



## Briefe an die Redaktion

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen

Grazer Stadtblatt: Lagergasse 98a, 8020 Graz  
Fax 0316 / 71 62 91. E-Mail: [stadtblatt@kpoe-graz.at](mailto:stadtblatt@kpoe-graz.at)

### Danke!

Sehr geehrte Frau Mag. Reimelt, Sehr geehrte Frau Kahr! Ein großes Danke für Ihren unermüdlichen Einsatz, um die Strafsteuer (=Pflegeress) in der Steiermark aufzuheben. Herzlichen Dank für Ihre engagierte Sozialpolitik!

Günther Grogger

### Kunsth Handwerk – nicht schrill genug?

Das über viele Jahre hinweg organisch gewachsene „Lebewesen“-Kunsth Handwerkmarkt, das einen nicht in Zahlen fassbaren Mehrwert für die Stadt Graz darstellt, wird, wie so viele andere Dinge auch, der „schrillen und grellen Oberflächlichkeit“, wie sie so treffend schreiben, wohl weichen müssen...

Das ist leider bei der politischen Konstellation in Graz und vor allem bei den handelnden Personen

gar nicht mehr in Frage zu stellen.

Diese „Geld regiert die Welt“ und „Geiz ist geil“ und was sonst noch-Mentalität wurde im Größeren schon beim Thema Reininghausgründe vorgezeigt und wird sich im „Kleinen“ – Kunsthandwerkmarkt – fortsetzen. Vielleicht passt ein „traditioneller“ Kunsthandwerkmarkt auch nicht zum supermodernen Label »City of Design«, das Graz offensichtlich mit sich herum schleppt (noch schwer leidend unter dem Label „Kulturhauptstadt“ – zumindest aus finanzieller Sicht) Nachdem die Stadt schon zu lange unter demselben „Virus“ leidet, würde ein Mediziner schon von einer chronischen Erkrankung sprechen und die Prognose als infaust beurteilen.

Danke, dass sie mitgeholfen haben, diesem Thema überhaupt eine minimale Öffentlichkeit zu verschaffen!

Jürgen Wonner

### Frauengesundheitszentrum.

Kostenlose Beratung für Frauen und Mädchen zu Verhütung, Menstruation, Wechseljahren, Brustgesundheit, PAP und HPV, Mammografie, seelische Gesundheit u.v.m.

Information und Termine 0316/83 79 98,  
[www.fgz.co.at](http://www.fgz.co.at) – Joanneumring 3, 8010 Graz

## Zu vermieten

### Der leistbare Veranstaltungsort für alle VOLKSHAUS GRAZ, Lagergasse 98a

für Kleinkunst, Theater-, Tanzaufführungen, Lesungen, Seminare uvm.

Großer Saal, 280 m<sup>2</sup>

Kleiner Saal 60 m<sup>2</sup>

Anfragen:

[lothar.laesser@volkshaus-graz.at](mailto:lothar.laesser@volkshaus-graz.at)

Tel. 0316/ 71 29 59



Leben in der Steiermark

## WOHNEN ist zu teuer

Die Wohnbeihilfe muss erhöht werden, Herr Landesrat!



**RED:OUT**, die Lesbian-Gay-Bi-Transgender-Intersexual-Parteilgruppe der KPÖ, trifft sich jeden ersten Montag im Monat um 18 Uhr in der Traminer Weinstube zu einem offenen Stammtisch. Jede/r ist willkommen!

## Kleinanzeigen

**Zu verkaufen:** Mixergerät zum Hacken, Rühren, Schlagen und Mixen, zahlreiche Zusatzteile zum Schneiden und Reiben, für Handbetrieb, ohne Strom, 7,-; Windspiel mit 8 Röhren aus Metall zum Aufhängen, 7,-; 8 Stück Glaskelche Fabr. Thomas für: Fruchtsalat, Eis, Cocktails u. dgl. zu verwenden, neu, originalverpackt im Karton, je Stück 13,-; Passiermühle „Flotte Lotte“, neu, aus Edelstahl incl. drei Siebe, 9,-; Patent Gemüseobel mit drei verschiedenen Einsätzen und Zusatzteil, 7,-. Tel. 0650 84 61 231

**Schlafzimmerschrank**, 2 m breit, 2,30 hoch, 60 cm tief, helles Vollholz, staubdicht, einteilig, aber zerlegbar für Transport, kostenlos zur Selbstabholung in Graz abzugeben 066473646419

**Suche** dringend gratis bzw. kostengünstige funktionstüchtige **elektrische Nähmaschine**, insbesondere Overlocknähmaschine. Tel. 0660/378 7584 (erreichbar von 18 bis 20 Uhr).

Privat: Welche Frau ab 40 sehnt sich auch nach einer ehrlichen Partnerschaft? Tel. 0664/890 28 01.

**Entrümple Keller, Wohnung, Haus** oder sonstiges zu einem absolut fairen Preis. Tel.: 0664/148 52 77.

**Bauplatz** am Steinberg, ruhigste Lage, ca. 800 Quadratmeter, 10 Autominuten in die Stadt, GVB-Bus in der Nähe. Tel. 0316/57 2006.

**Verrichte Garten-, Haus- und Hausarbeiten** und Gebäudereinigung im Raum Graz. Tel. 0676/421 57 28.

**Wir veröffentlichen kostenlos Ihre Kleinanzeige:** Grazer Stadtblatt, Lagergasse 98a, 8020 Graz, Fax 0316 / 71 62 91 [stadtblatt@kpoe-graz.at](mailto:stadtblatt@kpoe-graz.at)



## GRAZER Stadtblatt

**Impressum:** Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: KPÖ-Graz Elke Kahr, Lagergasse 98a, 8020 Graz. KPÖ Gemeinderatsklub Graz, Rathaus. Verlags- und Herstellungsort: Graz. Tel. 0316/71 24 79; Fax 0316/71 35 61 E-Mail: [stadtblatt@kpoe-graz.at](mailto:stadtblatt@kpoe-graz.at) // DVR: 0600008

**Offenlegung:** Das Grazer Stadtblatt – Informationsblatt der KPÖ Steiermark ist ein Regionalmedium und dient der Information der steirischen Bevölkerung im Sinne der Arbeit der KPÖ Steiermark. Das Blatt ist unabhängig von kommerziellen Interessen und tritt für eine Stärkung und Demokratisierung des solidarischen Sozialsystems und gegen die Privatisierung von öffentlichem Eigentum und öffentlichen Dienstleistungen ein. Auf sprachliche Geschlechtsdiskriminierung wird zugunsten der Gleichheit verzichtet.

## AMSEL-Arbeitslosen-TREFF

im **Infoladen Schwarzes Radieschen**, Steinfeldgasse 2, 8020 Graz. InfoTel: 0699 81 537 867.

**DIE NÄCHSTEN TREFFtermine:**

Do 10. Juli und Do 24. Juli 2014

von 17:00 Uhr bis 20:00 Uhr. [www.amsel-org.info](http://www.amsel-org.info)

**AMSEL-Hotline** für arbeitslose Menschen in Bedrängnis:

**0681 102 703 42**



## Behindertengesetz verschlechtert: Eventpolitik statt Sozialpolitik

Noch vor dem Sommer wollen die Rot und Schwarz die Novelle des steiermärkischen Behindertengesetzes (BHG) beschließen.

Mit der Streichung des Lohnkostenzuschusses wird eines der wirksamsten Instrumente abgeschafft, das Menschen mit Behinderung geholfen hat, Beschäftigung zu finden. Auf Kosten der Betroffenen will das Land dadurch 3 bis 4 Millionen Euro „sparen“ – und die Betroffenen in die Mindestsicherung drängen.

## PROTEST gegen das neue Behindertengesetz

Freitag, 27. Juni 2014 um 13.00 Uhr  
Treffpunkt: vor dem Landhaus, Herrngasse 16

## Sparen auf steirisch



Eine Aktion der  
Plattform 25

Weithaler, KPÖ-Landtagsabgeordnete:  
„Landesrat Schrittwieser tut so, als würden Menschen mit Behinderung Arbeit bekommen. Tatsächlich ist das Gesetz eine Liste von Kürzungen, die aus arbeitenden Menschen Sozialfälle macht.“

## volks<sup>2014</sup>hausfest



## Masala Brass

Samstag,  
6. Sept. 2014

Großes Grazer Brass-Musik-Kollektiv - geräumige Tanzfläche - Kindergarten-Spielwiese - Blues - Diskursbühne - festlich gestaltetes Volkshausareal - bekannte Melodien aus den 50er und 60er Jahren - Tombola - Kaffee und Kuchen-Ecke - freier Eintritt - Musik von 15.00 Uhr bis 3.00 Uhr  
ab 15 Uhr im Freien: Federal Electric Generator • Full Supa Band • Masser & Masser • Masala Brass

ab 22 Uhr im Saal: Spring And The Land • The Striggles • Soulbrüder

Wir freuen uns schon auf das Fest und hoffen, dass wie immer viele Leute kommen und mit uns einen schönen Nachmittag, einen stimmungsvollen Abend und eine lange Nacht verbringen.

## Zuschüsse für Kinderferien: Jetzt ansuchen!

Heuer wurden bei der Stadt Graz die Zuschusshöhe und die Einkommensgrenzen für Kindererholungsaktionen angehoben, die Zuzahlung zu dreiwöchigen Turnussen wurde erhöht, und eine andere Gewichtung des Pro-Kopf-Einkommens soll Alleinerzieher/innen zugute kommen.

Zwei Erwachsene mit zwei Kindern mit einem Familieneinkommen von 2.312 Euro (Familienbeihilfe zählt nicht zum Einkommen) sind z.B. bereits berechtigt und erhalten pro Kind einen Zuschuss von 475 € für 2 Wochen. Da bleiben nur noch 35 € für die Eltern übrig. Die ANMELDEFRIST läuft noch bis Ende Juli in der Kaiserfeldgasse 25, 3. Stock. Unbedingt vorher die Anmeldung bei Kinderland, Mehlplatz 2/II, ausfüllen!

Benötigt werden Meldezettel, Einkommensnachweise, Miete usw. sowie die Ferienanmeldung von Kinderland.

kinderland  
Steiermark

# 2014

für Kinder im Alter  
von 6 bis 15 Jahren

# KINDERFERIEN am Turnersee

06. Juli bis 09. August  
ab €35,-  
bei einer Förderhöhe von 90%

1-2 oder 3  
Wochen möglich!



kinderland  
Steiermark

Mehlplatz 2, 8010 Graz

Tel.: 0316 / 82 90 70

Fax: 0316 / 82 06 10

office@kinderland-steiermark.at

www.kinderland-steiermark.at